

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Wirtschaft, Energie,
Betriebe**

60. Sitzung
16. November 2020

Beginn: 15.03 Uhr
Schluss: 18.42 Uhr
Vorsitz: Frank-Christian Hansel (AfD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand Corona-Regeln und Hilfen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0264](#)
WiEnBe

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle Situation des Einzelhandels, der
Gastronomie und der Hotellerie in Berlin sowie
Vorbereitungen des Senates auf einen möglichen
„Corona-Herbst“**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0254](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 07.10.2020

Siehe Inhaltsprotokoll.

[Lüftungspause von 16.05 bis 16.27 Uhr]

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Machbarkeitsstudie Kohleausstieg –
energiepolitische Folgerungen**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0184](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Als Anzuhörende zu diesem Punkt, die zu dieser Sitzung digital zugeschaltet sind, begrüße ich Frau Julia Epp, Vertreterin des Bündnisses Kohleausstieg Berlin und Mitglied im Vorstand des BUND, Landesverband Berlin, Herrn Thomas Langrock, Leiter des Kompetenzteams Nachhaltige Erzeugungsstrategien beim Büro für Energiewirtschaft und technische Planung, das diese Studie hier gemacht hat, und Herrn Markus Witt, Vice-President Asset Management und Leiter Energiewirtschaft bei der Vattenfall Wärme Berlin AG. – Wir machen ein Wortprotokoll, und ich sehe das so, Herr Kössler: Sie möchten das für die Koalition begründen? – Dann machen Sie das bitte; Sie haben das Wort!

Georg Kössler (GRÜNE): Danke! – Wir machen das nicht zum Spaß: 18 Prozent der Berliner Emissionen entspringen den Kohlekraftwerken im untersuchten Fernwärmegebiet, und nicht nur berlinweit, sondern bundesweit wird darauf geschaut, wie nicht nur der Kohleausstieg, sondern die damit verbundene Wärmewende in Berlin angeleiert wird. Wir sind deshalb als Koalition Regine Günther und dem Senat sehr dankbar, dass er nicht nur diese Studie in Auftrag gegeben hat, sondern auch mit einem Begleitkreis begleitet hat.

Als die Ergebnisse kamen und es hieß, es wird ein neues großes Gaskraftwerk gebaut, war der Schock bei allen Klimaschützerinnen und Klimaschützern groß, auch bei denen, die hier in der Koalition sitzen; da verrate ich kein Geheimnis. Deshalb wollen wir auch hier im Energieausschuss über die Ergebnisse sprechen.

Es sind viele Fragen zur konkreten praktischen, aber auch rechtlichen Umsetzung, die wir haben – wo kommen wir als Parlament noch rein, wo müssen wir noch reinkommen; und was

wird jetzt einfach privatwirtschaftlich gemacht? –, aber auch die großen politischen Fragen – und da blickt die Republik auf uns: Braucht es wirklich so ein Gaskraftwerk? Wenn ja, wie groß und wie schnell? – Und wenn es kommt: Wie gelingt der Umstieg auf erneuerbares Gas und Wasserstoff anschließend? – Das sind alles Fragen, und wir freuen uns, dass wir diese Anhörung heute haben.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Dann würde ich sagen, gehen wir gleich in die Anhörung, und wir beginnen mit Frau Epp. – Sie haben eine Präsentation vorbereitet. Schauen wir mal, ob die Technik klappt! – Hören Sie uns? – Ja, das scheint so zu sein. Können Sie mal was sagen?

Julia Epp (Bündnis Kohleausstieg Berlin) [zugeschaltet]: Ja, können Sie mich hören?

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Ja, das klappt wunderbar. Dann starten Sie bitte!

Julia Epp (Bündnis Kohleausstieg Berlin) [zugeschaltet]: Gerne! – Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die Einladung und die Gelegenheit, hier den Kohleausstieg für Berlin zu diskutieren! Unsere ausführliche Position finden Sie in unserem Positionspapier, das wir zusammen mit der Veröffentlichung der Studie herausgegeben haben; das sollte Ihnen vorliegen. Im Rahmen der Anhörung möchte ich auf drei Punkte eingehen.

Kohleausstieg Berlin

1. Verantwortung: Pariser Klimaabkommen
2. „Vom Wollen zum Machen“: Umsetzung einer Berliner Wärmestrategie
3. Wie geht es weiter?: Deliberativer Prozess mit der Gesellschaft



Punkt 1 ist das Thema Verantwortung. Aktuell wird die Verankerung des Pariser Klimaabkommens im Berliner Energiewendegesetz diskutiert. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, aber es fordert gleichzeitig wesentlich ambitioniertere Klimaschutzmaßnahmen von uns. Die Studie „Kohleausstieg Berlin“ legte Transformationspfade vor, die nicht einmal ambitioniert genug waren, das 2-Grad-Limit einzuhalten, geschweige denn das Pariser Klimaabkommen.

Vattenfall spricht sich immer wieder für einen ganzheitlichen Ansatz im Klimaschutz aus. Das soll heißen, dass auch der Verkehr und andere Verbraucher ihren Beitrag leisten müssen, und dem stimmen wir zu. Das ändert aber nichts daran, dass jeder Verursacher von Treibhausgasemissionen hinter sich aufräumen muss, und zwar richtig. Zum Beispiel hat Vattenfall nun verkündet, sie kompensieren ihre CO₂-Emissionen. Das beeindruckt mich aber relativ wenig. Wenn ich fünfmal im Jahr nach Malle fliege und dafür CO₂-Emissionen kompensiere, erwarte ich auch kein Lob für mein Engagement im Klimaschutz. Ich muss sagen, Vattenfall hat eine große finanzielle Schlagkraft und ein erstaunliches Know-how zum Thema Wärmewende. Ich erwarte, dass daraus viel mehr Taten folgen.

Sie kennen die Studie und unsere Position. Die Machbarkeitsstudie „Kohleausstieg“ wird in vielen Punkten nicht den Erwartungen gerecht. Ein überwiegender Ersatz von Kohle durch Erdgas und Müllverbrennung führt die Berliner Energiepolitik in eine fossile Sackgasse, und der Bau neuer Gaskraftwerke schafft zudem dauerhafte Pfadabhängigkeiten und Lock-in-Effekte, die wir mehr gesellschaftlich diskutieren und stärker beleuchten müssten.

Zweitens: Neben dem Thema Klimaschutzziele müssen wir uns stärker auf das Thema Umsetzung konzentrieren. Berlin will Klimahauptstadt sein; Berlin will den Kohleausstieg. Wir müssen nun vom Wollen zum Machen kommen. In der Studie „Kohleausstieg Berlin“ wurden die Potenziale für erneuerbare Wärme in den Teilstudien untersucht. Diese Potenziale, z. B. zur Solar- und Geothermie, sind wesentlich größer als in den Teilstudien dargestellt. Die Teilstudien untersuchen nur die für Vattenfall wirtschaftlich erschließbaren Potenziale. Eine Anwohnerin im Vattenfall-Fernwärmenetz kann durch eine solarthermische Anlage ihren Wärmebedarf von Vattenfall senken, aber das konterkariert das Geschäftsmodell des Konzerns. Diese Teilstudien sollten auch wenigstens auf aggregiertem Level veröffentlicht werden – aktuell sind sie nicht öffentlich zugänglich –, damit wir ein besseres Bild davon bekommen, welche Potenziale der erneuerbaren Wärmeversorgung zur Verfügung stehen, denn z. B. hat uns auch Prof. Huenges vom Geoforschungszentrum zugesagt, dass das Potenzial für Geothermie in der Berliner Wärmeversorgung wesentlich höher liegt, bei bis zu 30 Prozent.

Die Studie „Kohleausstieg Berlin“ kann aber auch keine Wärmestrategie für Berlin ersetzen, die wir jedoch bitterlich benötigen. Die Aufgabe von Berlin ist es, einen Beitrag zur Energiewende zu leisten und möglichst viel Potenzial erneuerbarer Wärme hier vor Ort zu realisieren, auch wenn das im Gebiet der Fernwärmeversorgung liegt. Dieses Ziel sollten wir stets mit den Umsetzungshemmnissen von erneuerbaren Energien zusammen denken, ob sie technisch, wirtschaftlich, finanziell oder gesellschaftlich sind. Hier haben wir einen großen Handlungsbedarf. Nehmen wir das Pariser Klimaabkommen ernst, brauchen wir eine Taskforce Klimaschutz, die regelrecht durch Berlin zieht und Bezirk für Bezirk, Haus für Haus, Mensch für Mensch CO₂-neutral macht.

Drittens: Vattenfall hat auch verkündet, dass sie bis 2040 klimaneutral werden möchten. Dabei verlässt man sich wie in der Machbarkeitsstudie auf das Thema Wasserstoff. Grüner Wasserstoff soll laut dieser Studie zeitnah für den Wärmemarkt zur Verfügung stehen. Aktuell existiert ein Wasserstoffmarkt jedoch nicht. Er kann kommen, und er ist eine spannende Entwicklung, aber auch die hier anwesenden Akteure wissen, dass der Wasserstoff für industrielle Anwender sowie den Verkehrssektor, z. B. Schiffs- und Flugverkehr eingeplant wird. Die Nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung stellt im Wärmesektor den Wasserstoff hinten an. Zudem wurden bereits mehrere Schritte für den Kohleausstieg in Berlin eingeleitet:

Der Genehmigungsprozess für die Gasleitungen im Reuter-West, die Prüfung von erneuerbaren Wärmepotenzialen in verschiedenen Projekten und die Umstellung des Kraftwerks Moabit auf Biomasse. Die Fahrpläne für diese Kraftwerke existieren offensichtlich schon längst und sollten auch zeitnah veröffentlicht werden. Der Begleitkreis zur Machbarkeitsstudie hat wenigstens zu mehr Transparenz beigetragen, und daran sollten wir wieder anknüpfen. Eine Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass man offen mit der Bevölkerung diskutiert, wie sich die Stadt weiterentwickeln soll, wo die Gefahren, aber auch die Potenziale des Kohleausstiegs liegen. – Das wünschen wir uns.

Man müsste auch mehr Verbindlichkeiten schaffen, z. B. in der Novelle des Berliner Energiewendegesetzes. Das Kohleausstiegsbündnis hat rechtlich prüfen lassen, dass das Land Berlin einen CO₂-Grenzwert für das Fernwärmenetz verabschieden kann. Das erachten wir als geeignetes Instrument für die Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes. Wenn Vattenfall schon selbst in der Machbarkeitsstudie wenig Ambition zeigte, warum glaubt man dann, dass ohne den nötigen ordnungspolitischen Rahmen ambitionierte Maßnahmen umgesetzt werden würden? – Man muss auch über die Sanktionen für die Fernwärmeversorgung diskutieren, falls Ziele nicht eingehalten werden. Hierzu sollte man wirklich die Novelle des Berliner Energiewendegesetzes nutzen. – Das Bündnis Kohleausstieg Berlin fordert, dass die Fernwärmeversorgung bis 2030 dekarbonisiert wird. Sie haben die Möglichkeit, das Thema Kohleausstieg und Wärmewende zum politischen Tophema zu machen. Das wünschen wir uns als Bündnis.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank! – Dann kommen wir zu Herrn Langrock. Sie haben ebenfalls eine Präsentation.

Thomas Langrock (B E T Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Möglichkeit, kurz zu umreißen, was wir in der Machbarkeitsstudie „Kohleausstieg und nachhaltige Fernwärmeversorgung Berlin 2030“ gemacht haben!



Vorstellung

Machbarkeitsstudie Kohleausstieg und nachhaltige Fernwärmeversorgung Berlin 2030

16.11.2020

Thomas Langrock

Armin Michels

Dr. Michael Ritzau



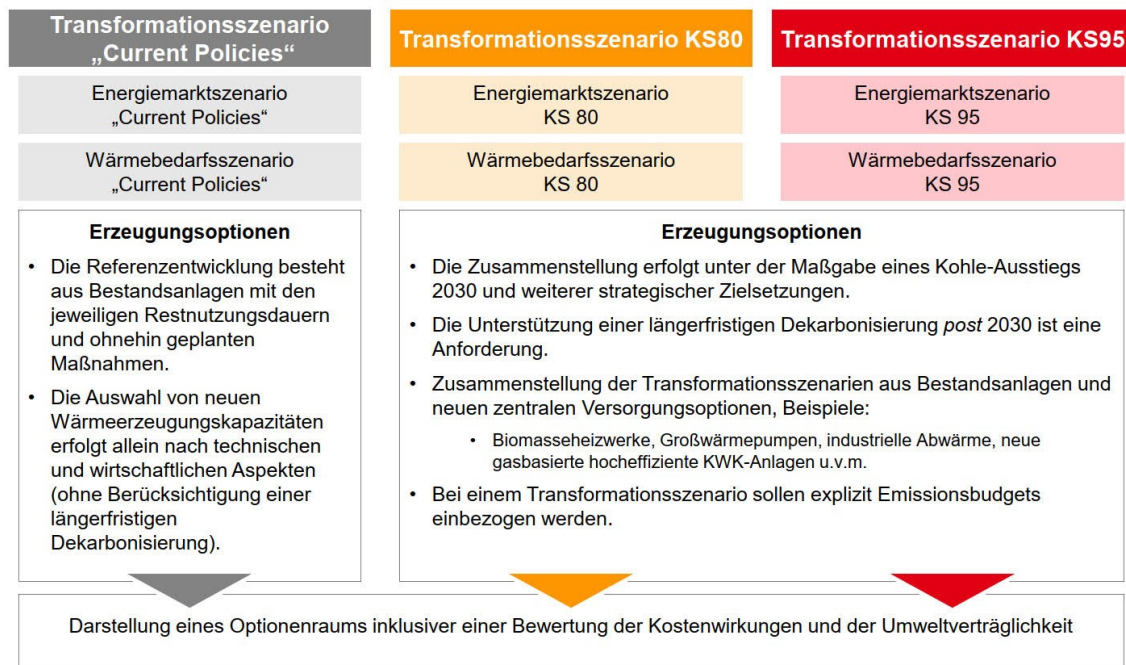
B E T

Energie. Weiter denken

Ich stelle kurz das Vorgehen in dieser Machbarkeitsstudie vor: Sie wurde im Auftrag von Vattenfall Wärme Berlin AG und des Senats, vertreten durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, erarbeitet, und zwar im Zeitraum vom November 2017 bis Oktober 2019.

ANHÖRUNG ABGEORDNETENHAUS

Es werden drei Transformationsszenarien erarbeitet – zwei priorisieren Abwärme & Erneuerbaren Energien, ein Current-Policy-Szenario folgt einer wirtschaftlichen Logik



B E T

Anhörung Wirtschaftsausschuss | Abgeordnetenhaus Berlin | 16. November 2020

2

Das Ziel der Machbarkeitsstudie war, die Machbarkeit eines Kohleausstiegs in Berlin bis spätestens 2030 zu prüfen, und zwar eines Kohleausstiegs mit Fokus auf dem Versorgungsgebiet eins, in dem bisher noch die Kohlekraftwerke Reuter-West und das Kohlekraftwerk Moabit einspeisen und bis vor Kurzem das Kohlekraftwerk Reuter C eingespeist hat. Wir haben von Anfang an festgelegt, dass das erfolgen soll, indem drei Szenarien erarbeitet werden, die die Transformation des Erzeugungspfads in diesem Versorgungsgebiet darlegen. Ein Szenario sollte das sog. Current-Policy-Szenario sein, wo der Kohleausstieg bis spätestens 2030 nach wirtschaftlicher Logik überprüft wird, und zwei sog. Klimaschutzszenarien sollten das so gestalten, dass maximal erneuerbare Wärme und Abwärme genutzt und die Treibhausgasemissionen maximal sinken. Insofern wird diesen zwei Szenarien keine wirtschaftliche Logik unterstellt, sondern als Erstes der Kohleausstieg bis spätestens 2030, als Zweites das Thema maximale Nutzung erneuerbarer Wärme und Abwärme und als Drittes dann die Wirtschaftlichkeit.

ANHÖRUNG ABGEORDNETENHAUS

Als technisch realisierbar und passfähig wurden folgende Optionen für die Klimaschutztransformations-szenarien ausgewählt: Erneuerung MüVA inkl. Rauchgas- und Abwasser-WP, ind. Abwärme, Biomasse & Geothermie

MüVa	Zusätzliches Potenzial durch Turbinenerneuerung (BSR & VWB) und Rauchgas-Wärmepumpe in Transformationsszenarien nutzen: Keine/wenige zusätzliche Emissionen; spezifische Kosten der einzelnen Erweiterungsmaßnahmen sind noch zu bewerten
Abwasser-WP	Option in den Transformationsszenarien verwenden: keine bzw. geringe Emissionen bei Dampftrieb, Kosten noch abzuschätzen
Industr. Abwärme	als „lohnenswert“ identifizierte Potenziale in Transformationsszenarien nutzen: wenig Emissionen; geringe bis mittlere Kosten zu erwarten; Temperaturniveau der Einspeisung und ggf. erforderlicher Nachheizbedarf beachten; kein Beitrag zur gesicherten Leistung
Bio-masse	Option in den Transformationsszenarien verwenden: eine Brennstoffumstellung in Moabit könnte ggf. auch schon vor dem Stilllegungsdatum der anderen Kohleblöcke zur Reduzierung der Emissionen beitragen
Geo-thermie	Option in den Transformationsszenarien verwenden: allerdings nur geringe Leistungen möglich
Spree-WP	Nicht als Bestandteil des Start-Transformationsszenarios, sondern als Sensitivität bewerten: Erst in Kombination mit Wärmespeicher interessant (Investitionen angesichts der voraussichtlich geringen Einspeisemengen ohne Speicher zu hoch), Abwägung zwischen Kosten und Emissionen bei Installation eines saisonalen Speichers
Solar-thermie	Nicht als Bestandteil des Start-Transformationsszenarios, sondern als Sensitivität bewerten: derzeit nicht vorhandene Flächenverfügbarkeit und hohe Wärmeerzeugungskosten erst in Kombination mit Wärmespeicher aus ökologischen Gründen interessant

B E T

Anhörung Wirtschaftsausschuss | Abgeordnetenhaus Berlin | 16. November 2020

3

Diesem folgend haben wir als Erstes den Prozess angestoßen gemeinsam mit Vattenfall und den zahlreichen Auftragnehmern der schon erwähnten Teilstudien, dass die Potenziale für erneuerbare Wärme und Abwärme geprüft werden. Hier finden Sie die Potenziale, die wir als sinnvoll umsetzbar identifiziert und in unsere Transformationspfade aufgenommen haben. Das ist sehr klein, sodass ich meine eigene Folie gar nicht sehe. – Orange als Oberstes ist der Umbau der Dampfverwertung des Müllheizkraftwerks Ruhleben. Es ist dort vorgesehen, eine sog. Rauchgaskonversationswärmepumpe zu errichten und die Dampfturbine energetisch zu optimieren. – Als Zweites ist eine sog. Abwasserwärmepumpe vorgesehen, die Abwärme aus dem Abwasser des Klärwerks Ruhleben nutzbar macht, und auf diese Art und Weise wird Abwärme für das Fernwärmeversorgungsgebiet eins nutzbar. – Als Drittes haben wir – – Ich weiß nicht, was da steht, was das Dritte ist. – Wir haben als Viertes Biomasse: Das bisherige Kohlekraftwerk Moabit wird umgebaut zu einem Biomasseheizwerk, in dem ab 2025 nur noch Biomasse verfeuert wird. – Als Fünftes wird die Nutzung von Geothermie am Standort Moabit vorgesehen. Die Prüfung Geothermie hat in einer Teilstudie ergeben, dass Berlin kein besonders geeigneter Standort für Geothermie ist, und deswegen ist Geothermie nur in einem sehr kleinen Umfang vorgesehen.

Damit komme ich zurück zum Dritten, was ich leider nicht gut sehen kann: Das ist die Nutzung von industrieller Abwärme in Berlin. Auch da ist einzeln geprüft worden, welche Potenziale industrieller Abwärme in Berlin vorliegen. Bei diese Potenzialen wurde dann entsprechend in dem Transformationspfad unterstellt, dass man sie nutzt. – Unter dem roten Strich finden Sie zwei Potenziale, die wir auch identifiziert haben, aber aufgrund von saisonaler Ver-

füßbarkeit und Kosten nicht in die Transformationsszenarien aufgenommen haben: Das ist zum einen eine Flusswasserwärmepumpe in der Spree, die leider die Eigenschaft hat, dass sie dann, wenn es wirklich kalt ist in Berlin, eben keine Wärme liefern kann, weil die Spree kein Fluss ist, der eine so hohe Fließgeschwindigkeit hat, dass man den Fluss im Winter wesentlich ... [unverständlich] kann. – Das Zweite ist die sog. zentrale Solarthermie: Das ist die Idee, einen großen Solarpark als solarthermische Anlage zu errichten, um damit Wärme zu gewinnen. Auch hier scheiterte es an der saisonalen Verfügbarkeit. Solarthermie ist im Sommer einfach nicht verfügbar und leistet deswegen keinen Beitrag zur Raumwärme im Winter.

ANHÖRUNG ABGEORDNETENHAUS

Aus einer Vielzahl möglicher Varianten wurden drei machbare Transformations-szenarien entwickelt, mit denen der Kohleausstieg der VWB in unterschiedlichen Wärme- und Energiemarktszenarien bis spätestens 2030 erfolgen kann.

	Current Policies	Klimaschutz 80	Klimaschutz 95
Annahmen zu den Szenarien	Wärmeabsatz - Gebäudesanierungsrate: 0,6 %/a - Wärmebedarf 2030: 4,7 TWh - Wärmebedarf 2050: 5,0 TWh	- Gebäudesanierungsrate: 1,5 %/a - Wärmebedarf 2030: 5,0 TWh - Wärmebedarf 2050: 4,8 TWh	- Gebäudesanierungsrate: 1,3-2,6 %/a - Wärmebedarf 2030: 4,7 TWh - Wärmebedarf 2050: 3,9 TWh
	Energiemarkt Fortsetzung aktueller Maßnahmen	ambitionierte Klimapolitik	Stark ambitionierte Klimapolitik
	Marktanteil Marktanteil in Berlin 2050: 34 %	Marktanteil in Berlin 2050: 44 %	Marktanteil in Berlin 2050: 48 %
	Kohleausstieg Spätestens 2030	Spätestens 2030	Spätestens 2030
Kohleersatz durch EE	MüVA (Bestand)¹⁾ Moabit auf Biomassefeuerung P2H Reuter 279 MW_{th}²⁾	MüVA (optimiert)¹⁾ Abwasser-Wärmepumpe Ind. Abwärme Neues Biomasse-Heizwerk Geothermie P2H (Hybride KWK & Reuter) 521 MW_{th}	MüVA (optimiert)¹⁾ Abwasser-Wärmepumpe Ind. Abwärme Neues Biomasse-Heizwerk Geothermie P2H (Hybride KWK & Reuter)³⁾ 521 MW_{th}
	Kohleersatz durch Gas GuD, BHKW, HWE 570 MW_{th}²⁾	Hybride KWK - Gas 644 MW_{th}	Hybride KWK - Gas 503 MW_{th}
	Netztemperatur Beibehaltung des aktuellen Temperaturniveaus	Umstellung auf den gleitenden Vorlauf (überwiegend 80 °C)	Umstellung auf den gleitenden Vorlauf (überwiegend 80 °C)

B E T

¹⁾ Die Bestandsanlage der MüVa umfasst 99 MW. Dieser Leistungsteil ist somit nicht dem Kohleersatz zuzuschreiben.
²⁾ Die Bestimmung der Ersatzleistung im CP-Szenario erfolgte durch eine vereinfachte Abschätzung.
³⁾ Ab dem Jahr 2030 wird eine um 180 MW höhere P2H-Leistung angenommen.

Abgeordnetenhaus von Berlin | 16. November 2020

4

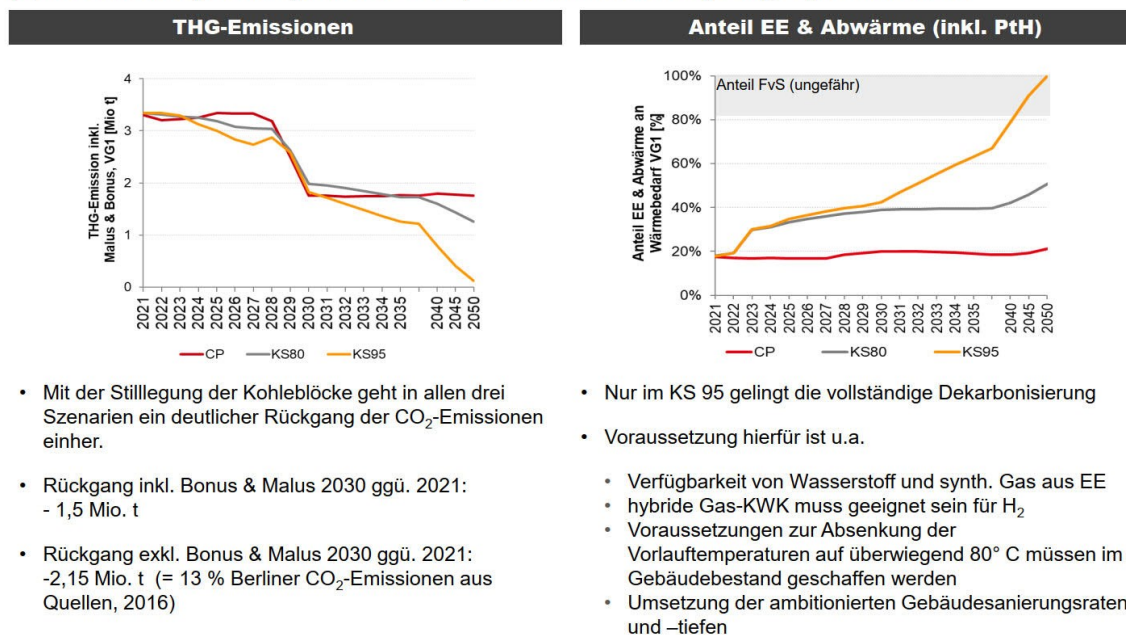
Diese Prüfung von Potenzialen war also das Erste, und dementsprechend sind die zwei Transformationsszenarien Klimaschutz 80 und Klimaschutz 95 so zusammengebaut worden, dass als Erstes der identifizierte Wärmebedarf, der sich in Ableitung von Ergebnissen aus der Studie „Klimaneutrales Berlin“ ergeben hat, die zum Zeitpunkt unserer Studie schon vorlag, möglichst umfassend durch erneuerbare Wärme und Abwärme gedeckt werden sollte. Dann ist noch eine Restgröße, und diese Restgröße muss nach unserer Auffassung durch eine sog. hybride KWK erzeugt werden. Eine hybride KWK ist eine Weiterentwicklung von KWK-Technik. Die hybride KWK ist am Anfang befeuert mit Erdgas, hat aber die Möglichkeit, dass auch synthetische Gase dort verfeuert werden können. Das muss also nicht Wasserstoff sein, sondern das können auch andere synthetische Gase sein, die emissionsfrei sind. Die hybride KWK ist weiterhin modular aufgebaut und nicht wie derzeit, dass es sich nur um eine große Gasturbine handelt, die angeschaltet werden kann oder nicht. Durch diesen modularen Aufbau ist die hybride KWK deutlich flexibler einsetzbar. Als Letztes ist diese hybride KWK von

vornherein so angelegt, dass sie mit Power-to-Heat-Erzeugungseinheiten gut kombinierbar und einsetzbar ist.

Sie sehen, dass wir also in der Tat, wie Herr Kössler in seiner Einleitung schon gesagt hat, vorsehen, eine größere hybride KWK-Anlage zu errichten, damit die Wärmeversorgung Berlins sichergestellt ist, und zwar über das Jahr 2030 hinaus. Durch den Einsatz von synthetischen Gasen wird es dann tatsächlich möglich, ab 2030 schrittweise die Emissionsintensität dieses Kraftwerks deutlich abzusenken, sodass in unserer Rechnung im Klimaschutzszenario KS 50 im Jahr 2050 keine Emissionen mehr durch dieses Kraftwerk erfolgen werden. – Das ist also die Dekarbonisierung, die wir im Klimaschutzszenario KS 95 vorgerechnet haben und die damit möglich ist.

ANHÖRUNG ABGEORDNETENHAUS

Ergebnisse Machbarkeitsstudie: In allen Szenarien ist der Kohleausstieg bis spätestens 2030 machbar. Gegenüber 2021 können 2030 bis zu 2,15 Mio. t CO₂ (Quellenbilanz) bzw. 1,5 Mio. t CO₂ (Verursacherbilanz) eingespart werden.



B E T

Anhörung Wirtschaftsausschuss | Abgeordnetenhaus Berlin | 16. November 2020

5

Hier kurz die Darstellung der wichtigsten Kennziffern in Bezug auf die Klimawirksamkeit: Es gelingt mit diesen Transformations- und Klimaschutzszenarien, die Emissionen nach einer sog. Verursacherbilanz, die hier auf der linken Seite dargestellt ist, um 1,5 Millionen Tonnen im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2021 abzusenken. Sie sehen: Der eine Pfad geht bis 2050 bei den Emissionen bis Null runter; das ist der von mir erwähnte dekarbonisierte Klimaschutzpfad KS 95. Erreicht wird das, wie Sie auf der rechten Seite sehen, durch einen schrittweise ansteigenden Anteil von erneuerbarer Wärme bzw. Abwärme. – Das war die kurze Einführung, die ich geben wollte. Ich danke Ihnen!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Langrock! – Jetzt Herr Witt von Vattenfall!

Markus Witt (Vattenfall Wärme Berlin AG) [zugeschaltet]: Auch von meiner Seite vielen Dank für die Einladung und vielen Dank für die schon getätigten Statements von Frau Epp und Herrn Langrock! – Wir haben im Jahr 2017 angefangen, aus der Kohle auszusteigen, und das haben wir getan, indem der Regierende Bürgermeister im Mai 2017 im Heizkraftwerk Klingenberg die bis dahin stattfindende Verbrennung von Braunkohle zusammen mit meinem damaligen Kollegen durch einen Knopfdruck eingestellt hat. Somit haben wir also lange vor der Entscheidung des Bundestages zum Kohleverstromungsausstiegsgesetz unseren Einstieg und damit den Einstieg Berlins in den Ausstieg aus der Verwendung von Kohle geschafft. Auch 2017 – das ist hier schon dargestellt worden – haben wir die Machbarkeitsstudie zusammen mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz gestartet. Wir denken, dass das in einem sehr transparenten und offenen Prozess stattgefunden hat, indem wir in sehr vielen Meetings in einer sehr großen Runde sehr viele Fragen austauschen konnten, die natürlich – und das ist in einem so komplizierten Prozess völlig klar – zu stellen waren.

Wir haben diesen Prozess bis 2019 geführt und dann das Ergebnis so vorgestellt, wie es Herr Langrock gerade beschrieben hat. Ich darf anmerken, dass wir, wenn wir diese Transformationsprozesse, in denen wir uns befinden, auf unsere jetzigen Emissionen beziehen – sagen wir, Stand 2019 –, ca. 2 Millionen Tonnen CO₂-Emission im Jahr 2030 durch den Ausstieg aus der Steinkohle einsparen werden. Und wenn wir das tun, werden wir und damit auch das Land Berlin einen großen Schritt machen im Sinne des Sparens an Emissionen. Für uns als Unternehmen heißt das, dass wir im Jahr 2030 70 Prozent CO₂ gemindert haben im Vergleich zu 1990. Ich darf daran erinnern, dass die EU und auch natürlich getragen durch die Bundesregierung das 55-Prozent-Ziel für 2030 definiert hat. Wir sind also damit weit darüber hinaus im Sinne einer Zielerreichung.

Die beiden genannten Heizkraftwerke, also die Standorte Reuter-West, Reuter bzw. Moabit befinden sich also – und da sind wir jetzt dabei – in einem wirklich umfassenden Transformationsprozess. Wir haben im Jahr 2019 den Block C – also Steinkohle – stillgelegt und ersetzt sowohl durch eine Power-to-Heat-Anwendung als auch durch einen Gasheißwassererzeuger. Wie geht es jetzt also weiter? Die Frage war: Zum einen hat Frau Epp das Stichwort Verantwortung genannt. Darauf wollte ich im Grunde genommen noch mal in meinem Statement eingehen, weil wir glauben, dass wir als Unternehmen sehr viel Verantwortung übernehmen in der Stadt und für das Land Berlin. Denn wie die Machbarkeitsstudie zeigt, sind wir bereit, bis zu 1,5 Milliarden Euro in diesen Transformationsprozess zu investieren, der insbesondere im Westteil der Stadt im Ablösen der Standorte stattfinden wird, aber auch in der Erneuerung am Standort Charlottenburg sowie unter Ausstieg aus der Spitzenlast, heute sogar noch mit Öl im Einsatz, Verbrennung in Wilmersdorf. Auch diese Anlagen werden ja final stillgelegt.

Wir haben diesen Prozess jetzt insofern – – Es ist ein Jahr vergangen. Wir haben uns als Unternehmen natürlich erst mal selbst organisiert. Sie können sich vorstellen, dass es an allen Standorten, die im Stadtgebiet liegen, zwischen dem Betrieb und der Planungsorganisation viele Abstimmungen geben muss. Das haben wir im vergangenen Jahr getan, und wir haben, wenn ich jetzt mal die beiden Standorte nehme – als Ersten vielleicht Moabit –, in Moabit eine Situation, wo wir die Biomasse-Anlage – – Also es soll ein Biomasseheizwerk werden, damit wir die Biomasse vollständig in den Wärmemarkt bekommen, und keine KWK-Anlage,

wie man vielleicht denken könnte, denn wir denken, dass es nicht nachhaltig genug ist, in einer KWK-Anlage Biomasse zu nutzen, um damit in bestimmten Stunden ... [unverständlich] Strom zu verdrängen. Das heißt also: Wir treiben in Moabit die Planung für dieses Biomasseheizwerk voran. Wir haben schon einen Planungsstand erreicht und werden Anfang nächsten Jahres einen zweiten Schritt machen und die Planung so weit bringen, dass wir in die Ausschreibung dieser Anlage gehen. Wir werden uns um das Thema Nachhaltigkeit und Biomasse kümmern. Da sind wir mit der Senatsverwaltung in Gesprächen, die bestehende Nachhaltigkeitsvereinbarung zur Biomassebeschaffung fortzuführen, um entweder aus Berlin selbst oder dem direkten Umfeld um Berlin herum die Biomasse nachhaltig zu beschaffen.

Des Weiteren sind wir dabei – und das haben wir auch in der Studie gesehen: Geothermie am Standort Moabit. Da sind wir so weit, dass wir mit einem externen Beratungsunternehmen die Genehmigungsunterlagen für die Aufsuchungserlaubnis zusammenhaben, um die es hier geht. Da ist das Bergamt in Cottbus entscheidend, und wir haben den Antrag vorab dort abgegeben, um ihn zu diskutieren. Wir haben einen Projektpartner, mit dem wir, so wir die Genehmigung bekommen, ein sehr innovatives, neues System erproben wollen, um in Moabit in die Geothermie einzusteigen, das Ganze wahrscheinlich verbunden mit Wärmepumpen.

Wenn ich auf den Standort Reuter-West schaue – damit nach Spandau und in das Energiedreieck, wenn man die BSR und die Wasserbetriebe mitbetrachtet –, dann sind wir dort mit mehreren Projekten unterwegs. Soll heißen: Nachdem wir die Power-to-Heat-Anlage, Europas größte Anlage mit 120 MW, in Betrieb genommen haben, haben wir vor zwei Wochen auf Konzernebene eine finale Investitionsentscheidung getroffen, und wir werden also den wahrscheinlich größten Wärmespeicher Europas auf dem Gelände bauen. Der Wärmespeicher wird in der Lage sein, 2 400 Megawattstunden Wärme zu speichern. Um Ihnen ein Gefühl zu geben: Das ist ein Windpark mit 120 MW, den wir locker 20 Stunden volllaufen lassen können, und dieser erneuerbare Strom kann dann über die Power-to-Heat-Anlage in diesen Wärmespeicher eingespeichert werden. Das heißt, wir integrieren damit Windstrom in die Fernwärme. – Also finale Investitionsentscheidung für den Speicher.

Wir haben außerdem mit den Wasserbetrieben einen Vertrag geschlossen, worüber wir sehr glücklich und auch ein bisschen stolz sind. Die Wasserbetriebe sind dabei, den Auslauf in die Spree umzubauen, und wir werden das geklärte Wasser in Ruhleben von den Wasserbetrieben über eine noch zu bauende Leitung übernehmen, auf unser Grundstück überführen, dieses relativ warme Wasser in eine Wärmepumpe führen, dort Wärme entnehmen und sie ebenfalls mit der Großwärmepumpe der Fernwärme zur Verfügung stellen. Sie sehen, auch an dieser Stelle geht es weiter. Ich rede hier von einer Größenordnung von 30, vielleicht sogar 40 Megawatt Leistung. Damit können Sie einen relativ großen Bereich an Kunden versorgen. Das ist mehr, als in vielen kleineren Städten insgesamt an Leistung installiert ist. Wir sind darüber hinaus mit der BSR im Gespräch, um, wie in der Machbarkeitsstudie dargestellt, den Dampf und das Wärmepotenzial am Standort der BSR noch weiter und langfristig – wir tun es heute schon – in einer Dampfturbine zu integrieren. Dazu sind wir mit der BSR in Gesprächen.

Zum Schluss: Es kam die Frage nach Fahrplänen und wie es hier weitergeht. – Ein kleiner Überblick zu unseren Fahrplänen: Am Standort Moabit glauben wir, dass wir 2026 so weit sind, das Biomasseheizwerk in Betrieb zu nehmen. Etwas Ähnliches sollte auch für die Geothermie möglich sein, sofern wir – das ist ein etwas komplizierterer Genehmigungsprozess – vorwärtsgelangen, die Wirtschaftlichkeit darstellen und entsprechend als Konzern entscheiden

können. – Wir schauen nach Reuter-West: Bei diesem Standort – auch das ist schon angesprochen worden – sind wir dabei, eine Hochdruckgasleitung zu planen. Da sind wir im Gespräch mit der NBB und der ONTRAS als Ferngasnetzbetreiber, um diese Gasleitung an den Standort heranzuführen. Das ist ein weiteres Projekt, das sich jetzt in der Planung und Umsetzung befindet. Da werden wir demnächst in das Raumordnungsverfahren einsteigen.

Zum Zeitplan Reuter-West: Da haben wir eine Grundvoraussetzung für diesen Transformationsprozess, und das ist das KWKG. Wir sind als Unternehmen glücklich, dass das KWKG jetzt im Rahmen des Kohleausstiegs so beschlossen wurde. Das KWKG macht es uns möglich, auf der einen Seite die Investitionen zu tätigen. Auf der anderen Seite gibt es hier einen Terminplan, der uns zwingt – und das wollen wir auch einhalten –, bis Ende 2029 mit den Anlagen am Netz zu sein. Sie können eine Anlage in dieser Größenordnung nicht einfach einschalten. Das bedeutet, dass wir planerisch davon ausgehen, dass wir in der Heizperiode von 2028 auf 2029 die Anlage in Betrieb nehmen und die Altanlage sukzessive außer Betrieb nehmen. Natürlich wollen wir zu jedem Zeitpunkt den Westteil der Stadt – Charlottenburg-Wilmersdorf und damit die gesamte West-City – nicht kalt werden lassen. Das Gegenteil ist der Fall. Das hohe Maß an Versorgungssicherheit wollen wir zu jedem Zeitpunkt weiter sichern. – So weit mein Überblick dazu, was wir in der Machbarkeitsstudie geplant haben und wo wir ganz aktuell dabei sind, in die Umsetzung einzusteigen.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank für diesen Part! – Wir steigen jetzt in die Beratung ein, und es beginnt der Kollege Stroedter.

Jörg Stroedter (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben hier neben der Anhörung ein Papier auf den Tisch gelegt bekommen, wo auch das Bürgerbegehren Klimaschutz dabei ist. Deshalb würde ich gern an Frau Epp die Frage stellen; im zweiten Absatz steht: Die überwiegende Nutzung von Erdgas als Energieträger für die Fernwärmeerzeugung über das Jahr 2050 hinaus, die in der Senatsvorlage zum BEK steht, ist damit unvereinbar. – Hier wird ein Ausstieg aus der Nutzung von Erdgas bis 2030 gefordert. Das ist eine Forderung, die wir in der Enquetekommission Neue Energie nie erhoben haben und die ich für extrem weitgehend halte. Ich würde gerne eine Begründung dieser Position hören, wie das umgesetzt werden soll, und würde auch gern die Senatsposition zu dem Thema haben, denn im BEK steht etwas anderes.

Es geht hier weiter, dass gefordert wird, dass das Fernwärmenetz weit vor dem Jahr 2050 auf 100 Prozent erneuerbare Energien umzustellen ist. Vielleicht können Sie von Senatsseite etwas zum Stand eines Wärmegesetzes insbesondere unter dem Gesichtspunkt sagen, dass im Rahmen dessen, dass wir jetzt die Stromnetzkonzession von Vattenfall ohne Rechtsauseinandersetzung bekommen werden, ich davon ausgehe, dass der Fernwärmebereich komplett bei Vattenfall bleiben soll. Das spiegelt so ein bisschen die Rechtslage wider, wie die Situation dort ist. Da hat es ja auch schon einen Klageversuch gegeben. Vielleicht kann man darüber etwas sagen?

Insofern zu Punkt 4: Frau Epp, das wäre auch noch mal eine Frage zusätzlich an Sie und auch an den Vertreter von Vattenfall. Wie soll denn „Akteursvielfalt bei Produktion und Angebot von Fernwärme stärken“ unter diesen politischen Richtlinien gewährleistet werden? Vielleicht kann Herr Witt dazu etwas von der Seite von Vattenfall aus sagen.

Zu Punkt 8 in dem Papier würde mich auch noch etwas interessieren. Dort steht zum Abfallwirtschaftskonzept: „Vermeiden und recyceln statt verbrennen: Kein Ausbau der Müllverbrennung in Berlin“. Ist das so? – Zum Zweiten: Was bedeutet das für die bestehenden Verträge zwischen der BSR und ALBA?

Als letzter Punkt – die Frage geht an den Senat – würde mich zu „Energiewende und Kohleausstieg auf Bundesebene vorantreiben“ interessieren: Wie ist denn da der Stand? Welche Aktivitäten entwickelt der Senat? Welche Aktivitäten soll das Abgeordnetenhaus bezüglich einer Bundratsinitiative entwickeln, um diesen berechtigten Punkt dessen, was wir in Berlin erreichen, auf der Bundesebene abzubilden? – Danke sehr!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Stroedter! – Jetzt Herr Dr. Efler!

Dr. Michael Efler (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Ich finde es ausgesprochen gut, dass wir jetzt über den Kohleausstieg reden. Der Machbarkeitsstudienprozess ist jetzt seit ungefähr einem Jahr abgeschlossen. Wir haben vorhin schon gehört, welche Bedeutung die Fernwärme und der Kohleausstieg für die Berliner Klimaziele haben. Deswegen ist es von großer Bedeutung, diesen Prozess kontinuierlich zu begleiten. Da will ich gleich eine Forderung, die auch heute erhoben worden ist, unterstützen. Ich glaube nämlich auch, dass es sinnvoll ist, dass wir in ähnlicher Form, wie es bei der Erarbeitung der Studie geschehen ist, jetzt bei der Umsetzung der Studienergebnisse eine Begleitung sowohl durch Parlamentarierinnen und Parlamentarier als auch durch Teile der Zivilgesellschaft ermöglichen. Denn wir kommen auch heute – das werden wir feststellen – sehr schnell an die Grenzen der Diskussionsfähigkeit der diversen technischen und auch wirtschaftlich hochkomplexen Prozesse. Ich glaube, es ist aber sehr wichtig, dass wir hier kontinuierlich reingucken und schauen, wo wir noch einen blinden Fleck haben und wo sich Sachen verändert haben. In einem Jahr passiert auch in der Energielandschaft schon relativ viel. Deswegen finde ich es total gut, dass wir – wie Frau Epp auch gesagt hat – eine Art neuen Begleitkreis, wie auch immer wir den nennen, aufsetzen, ohne natürlich die Entscheidungswege, die es gibt, die bei Vattenfall und dem Senat liegen, in irgendeiner Form infrage zu stellen.

Es ist angesprochen worden, dass es natürlich auch vereinzelte Kritik – was heißt vereinzelte Kritik, vielleicht auch etwas mehr als vereinzelte Kritik – an dieser Studie und einzelnen Ergebnissen gibt, zum Beispiel am hohen Gasanteil. Es ist befürchtet worden, dass möglicherweise Anreize gesetzt werden, zu viel Müll zu verbrennen. Wir müssen in der Tat bei der Umsetzung sehr aufpassen. Ich finde, dass wir uns im Verlauf der Umsetzung nicht an eine Studie, die wir im Jahr 2019 erstellt haben, klammern sollten, sondern wir müssen gucken, wo wir möglicherweise Sachen noch nicht zu Ende untersucht oder wo sich Rahmenbedingungen verändert haben. Da bin ich bei der Frage der Teilstudien – das ist ja auch angesprochen worden –, der Potenzialstudien. Es wurde darauf hingewiesen, dass dort möglicherweise weitere Potenziale schlummern. Ich hätte zunächst vor allem an Vattenfall, an Herrn Witt, die Frage, inwieweit es denkbar und möglich ist, diese Studien zu veröffentlichen, möglicherweise in einer bearbeiteten Form. Denn ich glaube schon, dass es auch der ganzen Legitimität des Pro-

zesses dienlich sein kann, wenn wir möglichst alle Informationen transparent auf dem Tisch liegen haben: Was ist untersucht worden? Was geht wirklich? Wo sind die Potenziale, und wo sind sie nicht?

Dann habe ich ein paar spezifische Fragen. Zunächst habe ich eine Frage an Herrn Witt. Wovon ich heute nichts gehört habe, ist das ganze Thema „Industrielle Abwärme“. Das spielt ja in der Machbarkeitsstudie eine Rolle. Inwieweit gibt es schon Gespräche mit möglichen Einspeisern? Welche Potenziale sind eventuell denkbar, und wie schnell könnte das erschlossen werden?

Zur Geothermie: Ich finde es erst mal sehr schön, dass in Moabit etwas untersucht wird; ich frage mich aber, warum nur in Moabit. Ist es nicht möglich, auch noch andere mögliche Standorte in Berlin anzuzapfen? Ist das untersucht worden? Haben wir eine Chance, da noch etwas mehr machen zu können?

Zur Nutzung von Biomasse: Das ist in den letzten Monaten ein bisschen mein Lieblingsthema geworden. Ich mache es jetzt mal in aller Kürze; es ist ja auch angesprochen worden. Ich glaube, dass wir da noch längst nicht alle Potenziale ausgeschöpft haben. Wir müssen auch ganz stark Querverbindungen zum Abfallwirtschaftskonzept herstellen, wo ganz klar steht, dass wir diverse CO₂-Minderungspotenziale haben, die bisher nicht erschlossen sind. Ein Stichwort ist die Nutzung von Mähgut und Laub; angesprochen worden ist aber auch die Nutzung von Holz. Selbstverständlich ist alles auf Biomasseprodukte bezogen, die hier in der Region anfallen, die nicht vermeidbar sind. Hier auch noch mal die Frage an Herrn Witt, inwieweit wir wirklich schon alles ausgeschöpft haben oder ob noch einiges an Potenzial drin ist, zum Beispiel beim Bioabfall, der hier in Berlin immer stärker anfällt, weil er mehr gesammelt wird.

Eine Fachfrage habe ich an Vattenfall zur Absenkung der Temperaturen im Fernwärmenetz. Wie ist der Stand? Sind schon erste Schritte unternommen worden? Mich würde auch interessieren, ob Vattenfall eigentlich Subventionen aus dem bundesweiten Kohleausstiegsgesetz für den Ausstieg bekommt.

An Frau Epp habe ich eine Frage. Zunächst einmal stimme ich der These zu, dass wir auch ordnungsrechtliche Instrumente beim Kohleausstieg ansetzen müssen. Das ist auch unsere Position, insbesondere, was das Thema CO₂-Grenzwerte und Grenzwerte für erneuerbare Energien angeht. Brauchen wir auch eine Regulierung in Bezug auf die Einspeisung von dezentralen Erzeugern CO₂-armer, besser: CO₂-freier, Wärmeproduzenten ins Fernwärmenetz? Wo sehen Sie die größeren Potenziale – Sie haben selbst angesprochen, dass Potenziale nicht ausgeschöpft sind –, die sich nicht in der Studie abbilden?

Eine Frage an den Senat – noch drei Fragen, dann haben wir es geschafft –: Soll erstens eine Vereinbarung mit Vattenfall – oder soll nicht, deswegen frage ich – zum Kohleausstieg geschlossen werden? Ist da etwas dran? Wird daran gearbeitet? Was für einen Charakter hat diese Vereinbarung? Wann können wir sie, wenn es sie geben sollte, auch mal sehen?

Zweitens: Wir haben noch zwei Kohlekraftwerke außerhalb von Vattenfall Wärme in Berlin, nämlich das von BTB und das Fernheizkraftwerk Neukölln. Die fliegen immer so ein biss-

chen unter dem Radar durch. Inwieweit sind da Pläne auf den Weg gebracht? Auch die müssen natürlich vom Netz oder auf etwas Besseres, sage ich jetzt mal, umgestellt werden.

Einen dritten Punkt haben wir heute noch gar nicht angesprochen. Eine Voraussetzung für das ganze Gelingen ist auch eine Erhöhung der Sanierungsraten und -quoten. Wir haben da auch immer eine Herausforderung in Bezug auf die Sozialverträglichkeit und brauchen dafür auch Fördergelder und Fördermittel. Die Zuständigkeit für ein Förderprogramm ist von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auf die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe übertragen worden. Deswegen die Frage: Wann bekommen wir dieses Förderprogramm? In welcher Höhe wird es ungefähr ausgestaltet sein?

Dann noch die Frage aller Fragen an Vattenfall: Was heißt „fossilfrei innerhalb einer Generation“? Können Sie klar mit einer Jahreszahl beantworten, wann die CO₂-Neutralität im Fernwärmenetz erreicht ist? 2040, 2045, oder wann genau soll das sein?

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Dr. Efler! – Herr Kössler, bitte!

Georg Kössler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Welt heutzutage ist ja in konstanter Beschleunigung. Das sehen wir bei der Digitalisierung und überall. Ich glaube, es ist keine intellektuell große Herausforderung zu sehen, dass man auch beim Klimaschutz in eine ständige Beschleunigung muss. Das ständige Überprüfen dessen, was jetzt in Studien steht und was wir machen, das ständige Fragen, wie es schneller geht, sollte mindestens systemimmanent werden. Ich unterstütze daher die Idee, dass man einen Begleitkreis oder eine Art von Begleitung macht. Von Frau Epp wurde von einer Taskforce Klimaschutz gesprochen. Das finde ich als Klimaschützer natürlich gut. Ich würde vorschlagen, dass wir das im Klimaausschuss noch mal unter dem Topos Klima-Governance allgemein diskutieren. Es ist, glaube ich, eine Frage, die uns in den nächsten ein, zwei Jahren größer begegnet.

Eine Rückfrage habe ich an Frau Epp zur Müllverbrennung. Wenn ich das hier im Papier richtig lese: 520 000 Tonnen Abfall – der natürlich nicht CO₂-neutral ist, da sind wir uns einig, darüber gibt es ja einen Streit der Gelehrten. Verstehe ich das als Kompromiss richtig? Das war ja politisch ein harter Kompromiss: Wollen wir mehr Abfall verbrennen, um Kohle zu ersetzen, oder wollen wir im Sinne des Leitbilds Zero Waste weniger Abfall? Der Kompromiss war, bis 2030 erst mal die Abfallmenge konstant zu halten, aber effizienter zu verbrennen, also mehr Energie daraus zu ziehen. Verstehe ich es korrekt, dass Sie diesen Kompromiss – in Anführungszeichen – mitgehen?

Die ordnungsrechtlichen Rahmen wurden schon angedeutet. Das ist natürlich der „Elephant in the room“, das Energiewendegesetz und das von der Koalition im Koalitionsvertrag versprochene und in Ausarbeitung befindliche Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Mich würde vom Bürgerbegehren Klimaschutz, Kohleausstieg Berlin etwas interessieren. Sie fordern einen CO₂-Grenzwert und Erneuerbarenwerte. Ich als Klimaschützer will auch beides. Wenn man aber jetzt nur eins kriegen könnte, weil vielleicht rechtlich oder politisch nur eins geht, was wäre zu bevorzugen? Gerade vor dem Hintergrund, dass man eine Kompensation hat; Vattenfall hat angesprochen, dass man Kompensationsrechnungen im System hat. Gleichzeitig hat man europarechtlich 30 Prozent Erneuerbare in 2030 vorgegeben. Sie fordern 100 Prozent in 2030. Ich verstehe das. Ich persönlich teile das. Dennoch überlege ich, wie man einen Pfad als Kompromiss zwischen Senat, Vattenfall und uns herausarbeiten kann. Gibt es dazu Diskussi-

onen in der Zivilgesellschaft? Wie sollte ein Pfad aussehen: 50 Prozent 2025, 100 Prozent 2030 oder weiter?

Das Thema Biomasse wurde angesprochen. Herr Efler hat gerade gesagt – so habe ich ihn verstanden –: auch mehr Holz. Dazu würde ich gern vom Bürgerbegehren Klimaschutz zum Thema Nachhaltigkeit wissen, wie es Vattenfall hier dargestellt hat: Wie schätzen Sie das ein? Im Papier ist Biogas erwähnt. Ich verhandle ja aktuell das Abfallwirtschaftskonzept. Wir wollen mehr Biogas aus dem Biomüll erzeugen. Damit sollen aber die Müllautos fahren. Sie fahren schon zur Hälfte mit Biogas. Die andere Hälfte soll gern auch damit fahren; das aber nur am Rande.

In Richtung B E T habe ich einige Fragen. Ich fasse es kurz. Mich würde die Vernetzung mit Brandenburg interessieren. Wurde da nur die Solarthermieranlage geprüft, und sonst kommt der Strom halt aus Brandenburg, wie man das als Berliner so sieht? Oder wie wurde das integriert beachtet? Wie berechnen Sie die Innovation in diesem System? Haben Sie 2018 geguckt, welche Technologien jetzt marktreif sind, welche es gibt? Welche kennt Peter Altmaier persönlich? Die nehmen wir an? Wie kommt das Neue ins System? – Wir haben allein in Berlin wahnsinnig viele Start-ups: Stahlspeicher, Betonspeicher, Keramikspeicher. Ich habe da ganz viel gelernt, nur beim Rumgucken oder beim Anrufe-Kriegen. Wie kommen die da rein? Sind sie betrachtet worden? Sind das Kleinigkeiten für Sie, oder sagen Sie, dass man da in fünf Jahren noch mal gucken muss?

Ich habe eine Frage zum CO₂-Preis. Da geht B E T nicht von 180 Euro aus, die „Fridays for Future“ fordert. Aber auch das, wovon Sie ausgehen, finde ich erstaunlich gering; wir haben im Current-Policy-Szenario 2050 39 Euro pro Tonne. Das ist wenig. Das ist weniger als British Petroleum in ihrem World Energy Outlook dafür im Current Policies ... [unverständlich], nur die Hälfte davon. Die gehen im Klimaschutzszenario von 250 Tonnen aus. Es ist einfach so ein explizit riesiger Gap zwischen den CO₂-Preisen, die Sie annehmen und die da draußen in der Weltdiplomatie oder bei den Studien sind. Wo kommen Ihre Zahlen dort her?

Eine weitere Frage: Sind die veränderten Förderrichtlinien der Bundesregierung in die Wirtschaftlichkeit der Szenarien schon eingerechnet worden? Da hat sich im letzten halben Jahr ja etwas getan. Wurde das noch mal nachgearbeitet, oder hat das noch mal einen Einfluss?

Der Bitte von Herrn Efler und der Zivilgesellschaft nach Einzelstudien möchte ich Nachdruck verleihen. Ich möchte nicht nur, ich will die sehen. Es geht so nicht. Wir sind die gewählten Abgeordneten, und es gibt Möglichkeiten, uns so etwas intern zur Verfügung zu stellen. Es kann nicht sein, dass nur mit einem Verweis auf eine Einzelstudie gesagt wird: Das und das geht in der Kapazität und im Volumen nicht. Das ist kein großer Beitrag. – Wir wollen diese Einzelstudien sehen. Ich würde jetzt gerne für das Protokoll von B E T, von Vattenfall, vom Senat – ist mir egal – die Zusage haben, dass diese Studien bei mir auf dem Tisch liegen. Bei Herrn Efler bitte auch, und für Herrn Taschner rede ich, glaube ich, auch gern mit.

An Vattenfall habe ich eine Frage nach dem genauen Zeitplan. Sie haben schon gesagt, dass das Raumordnungsverfahren beginnt. Ich muss nicht jeden einzelnen Schritt haben. Aber wenn wir dieses Monstrum-Gaskraftwerk schon bauen müssen: Warum dauert es so lange? Warum kann es nicht früher das Kohlekraftwerk verdrängen? Es ist dann im Übrigen auch früher abgeschrieben. Wo gibt es Hebel, die vielleicht auch politisch bei uns liegen, mit denen

man beschleunigen kann, dass es, wenn es gebaut wird, schneller geht? Wie ist der Umstieg auf grünen Wasserstoff oder grünes Erdgas geplant? Zu dem Themenkomplex wird Kollege Dr. Taschner gleich noch mal fragen. Es ist ja eigentlich eine eigene Anhörung.

Ebenfalls an Vattenfall habe ich eine Frage in Richtung Wärmespeicher. Sie sagen, Sie bauen einen zentralen. Warum bauen Sie nicht mehrere dezentrale Wärmepumpen? Es gibt diese ganzen Speichermöglichkeiten, die ich erwähnt habe. Sind Sie mit den ganzen Start-ups, den Anbietern, im Austausch? Da kann man doch super kollaborieren. Sagen Sie mir doch bitte, dass Sie da schon so ein bisschen mitdenken, um die Innovation ins System zu holen.

Auch an Vattenfall zur Biomasse die Frage: Um wie viel Biomasse handelt es sich? Es wird wahrscheinlich alles regional in Brandenburg angebaut. Sagen Sie doch mal: Wie viele Fußballfelder an Forst werden denn verheizt? Wir haben in dieser Stadt eine Holzbaustrategie. Ich möchte daran erinnern. Der Kollege Andreas Otto ist ein großer Verfechter davon. Ich finde es ganz wunderbar. Gibt es da nicht eine Nutzungskonkurrenz? Vielleicht kann der Senat auch etwas dazu sagen.

Herr Efler hat bereits gefragt, wie die aktuellen Zahlungen der Bundesregierung in Richtung der Kohlekonzerne aussehen, ob Vattenfall Geld dazu bekommt. Mich würde konkret interessieren, wie viel Geld Vattenfall aus dem KWK-Bonus für die Stilllegung von Reuter bekommt. – Ebenfalls zu einer Frage von Herrn Efler: Ich hätte gern eine Jahreszahl, bis wann Vattenfall aus der Nutzung fossilen Erdgases in Berlin aussteigen wird. – Danke!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Herr Kollege Taschner, Sie sind dran!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Erst mal auch von mir Dank an die Anzuhörenden! Ich finde es gut und wichtig, dass wir dieses wichtige, auch energiepolitische Thema heute im Energieausschuss haben, auch wenn, wie es scheint, vor allen Dingen die Koalitionsfraktionen ein größeres Interesse an dem Thema haben als die Opposition. Das sagt ja vielleicht auch was darüber aus, warum es gut ist, dass wir regieren. Ich will gar nicht so viele Anmerkungen machen wie meine beiden Vorredner, sondern eher auf konkrete Fragen übergehen.

Der erste Fragenkomplex, der bei mir aufgeploppt ist, ist das Thema Geothermie. Frau Epp hat ja deutlich gesagt und zitiert, dass es in Berlin ein größeres Potenzial an Geothermie gibt. Herr Langrock, Sie haben dann in Ihrer Folie geschrieben: Geothermie, das ist alles so ein bisschen schwierig, nicht ganz so einfach wie in München. – Gut, das ist nicht allzu schwer; ich glaube, etwas Besseres als in München kann man in Deutschland kaum finden. Herr Witt hat dann erzählt, dass es in Moabit ja diese Geothermie geben soll, wo er schon gefragt worden ist, warum nicht in Reuter. Das sind so ein paar Aussagen, die alle irgendwie nicht zusammenpassen. Deswegen meine erste Frage an Herrn Langrock: Wie schätzen Sie das Potenzial der Geothermie in Berlin wirklich ein? Ist es eher so ein mittleres Potenzial? Oder könnte man deutlich mehr tun? Und – Frau Epp hat es ja auch schon erwähnt – hängt es nur an der Wirtschaftlichkeit, dass wir das Potenzial nicht erreichen können? – Eine Frage an Herrn Witt: Was müsste sich denn politisch ändern, damit wir hier in eine stärkere Wirtschaftlichkeit von Geothermie kommen? Scheitert es wirklich an der Wirtschaftlichkeit? Könnte man durch bessere politische Rahmensetzungen hier deutlich mehr Potenziale erschließen?

Herr Langrock, Sie hatten auch die Solarthermie angesprochen. Sie haben auch hier gesagt: So ein bisschen schwierig, gerade auch mit der saisonalen Verteilung. – Unten stand irgendwo noch was von dem Wärmespeicher. Ist es wirklich so, dass wir, wenn wir die Wärmespeichertechnologie hätten, Solarthermie wirklich in einem größeren Maße zur Verfügung hätten? Wie schätzen Sie die Entwicklung von Wärmespeichern ein?

Mein nächster Punkt ist die Temperaturabsenkung. Herr Efler hat das auch schon erwähnt. Auch das wurde zum Teil in der Studie ein bisschen untersucht. Wie weit müssten wir die Temperatur absenken, um vielleicht noch mehr Abwärme in dieses Netz zu bekommen? Gäbe es auch die Möglichkeit, dieses Netz vielleicht in größere Teilnetze aufzugliedern, um Teilnetze mit einer niedrigeren Temperatur zu versorgen?

Kommen wir zu den Teilnetzen! Das bringt mich noch mal zu Herrn Witt. Sie haben hier geschrieben, einen Kohleausstieg für Berlin zu machen, ja, das habe die Studie gezeigt, das sei es. Die große Problematik ist, was der Kohle nachfolgt. Da sehen Sie schon, dass die Diskussionen hier sehr stark auseinandergehen. Es gibt viel Kritik an Ihren Gaskraftwerken im Versorgungsgebiet eins, die ja Grundlage der Studie sind. Aber was machen wir mit dem Rest von Berlin? Sie bauen gerade in Marzahn ein Gaskraftwerk, haben in Klingenberg noch ein Kraftwerk mit Gas stehen. Wenn Sie CO₂-frei werden wollen: Wie schaut Ihre Strategie für den Rest der Stadt aus?

Abschließend komme ich – eine Frage für Sie, Herr Witt – noch zum Thema Wasserstoff. Wasserstoff ist ja Ihr Versprechen für eine klimaneutrale Zukunft von Vattenfall hier in Berlin. Ich stelle mir immer die Frage – und ich stelle sie überall, wo über Wasserstoff diskutiert wird –, wo dieser Wasserstoff eigentlich herkommen soll. Es gibt Studien, die sagen, dass wir maximal ein Drittel des Wasserstoffs in Deutschland produzieren können. Das heißt, zwei Drittel müssen importiert werden. Wo kommen die her? Stehen sie in ausreichendem Maße zur Verfügung? Ich nehme an, es sind ja andere auch so schlau wie wir und kommen darauf, in der ganzen Welt mit Wasserstoff tolle Sachen machen zu können, Dinge ersetzen zu können, gerade fossile Kraftwerke. Aber wir brauchen natürlich vor allem grünen Wasserstoff. Wie kriegen wir den grünen Wasserstoff, wenn er importiert wird, auch grün hierher? Ich kann mir schwerlich vorstellen, dass wir Wasserstoffe, die wir vielleicht aus Windkraftanlagen in Patagonien bekommen – es wird wirklich weltweit diskutiert, dort welchen zu erzeugen –, klimaneutral nach Berlin kriegen. Wenn so ein Schwerölschiff da rüber schippert, ist die CO₂-Bilanz ordentlich versaut. Wenn es den Wasserstoff selber gleich verbraucht, kommt es wahrscheinlich leer in Berlin an. Wie sieht es da aus? Gibt es eine Strategie? Wie, glauben Sie, geht die Strategie letztendlich auf? Abgesehen davon ist Wasserstoff der Champagner der Energiewende, das sagt meine Partei auf allen Ebenen. Sollten wir den wirklich dafür verwenden, um Wärme zu erzeugen? Oder brauchen wir ihn nicht vielleicht in anderen Bereichen, wo wir wirklich keine Alternative für eine erneuerbare Wärme haben?

Zum Schluss noch an den Senat, daran anschließend, was Herr Efler gesagt hat. Er sprach von einer Art Begleitkreis, Herr Kössler auch. Mich würde allgemein interessieren, wie der Senat die Umsetzung der Studie begleitet. Was gibt es bereits für Gespräche oder Gruppen?

Wirklich ganz zum Schluss möchte ich noch mal die energetische Sanierung ansprechen. Ja, da sind der Studie hohe Werte zugrunde gelegt, die wir erreichen müssen. Herr Efler sprach schon das Förderprogramm an. Bisher sind bei SenStadtWohn null Euro abgeflos-

sen. SenWiEnBe probiert gerade, das zu ändern. Vielleicht geht das jetzt – ohne Details zu verraten – in die Richtung von Zuschussgeldern. Brauchen wir so etwas eher? Brauchen wir neben solchen Zuschüssen für Immobilienbesitzende nicht letztendlich auch noch mal eine ordnungsrechtliche Maßnahme in diesem Bereich? Wie denkt der Senat zum Beispiel über ein Stufenmodell nach, das wir in Berlin schon mal diskutiert haben? – Vielen Dank!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Dr. Taschner! – Wir haben jetzt noch zwei Meldungen, von Herrn Buchholz und Herrn Gräff. Danach, nach diesen Fragen, würde ich sagen, machen wir eine Pause, bevor dann wahrscheinlich Herr Tidow für den Senat Fragen beantwortet. Anschließend gehen wir in die Beantwortungsrunde. Das sollten wir so machen. – Herr Buchholz, Sie haben das Wort!

Christian Buchholz (AfD): Meine Frage ist ganz einfach: Was soll das Ganze am Ende kosten? Wir hatten hier schon mal das Thema Energiearmut, was nicht nur in der Zusammenfassung der Machbarkeitsstudie, sondern auch auf den Senatsseiten steht oder in anderen Quellen, komischerweise nur nicht in diesem Lobbyblatt hier. Da sind überall Kosten verteilt, die entstehen sollen. Als Beispiel: In der Zusammenfassung der Machbarkeitsstudie steht auf Seite 30: Eine CO₂-Steuer ließe sich schneller umsetzen, ist deshalb zu bevorzugen. – Wir haben die Zertifikatepreise, den Emissionshandel, es wird von einer CO₂-Steuer gesprochen. Auf der Senatsseite, wo die Machbarkeitsstudie eingestellt ist, wird noch von zusätzlichen Fernwärmekosten von 1,7 Cent pro Kilowattstunde, die kommen sollen, gesprochen. Das steht aber nicht in den Studien. Aber von der Systematik her müssten diese ganzen Kosten aufaddiert werden. Dann haben wir die EEG-Umlage. Davon steht hier gar nichts. Die liegt jetzt bei 6,75 Cent, sie soll auf 6,5 Cent gesenkt werden, aber um den Preis, dass 10,8 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt reingesteckt werden. Die bereinigte EEG-Umlage ist in Wirklichkeit jetzt schon bei 9,65 Cent, wenn man die Steuern rausrechnet. Wir haben, wie gesagt, CO₂-Steuern, die noch auf die hohe EEG-Umlage kommen, Fernwärmekosten und so. Was kommen dabei am Ende für Preise heraus, und wer soll das bezahlen? Das funktioniert doch nicht. Wir werden die Energiearmut, die wir einerseits hier bekämpfen wollen, in die Höhe treiben.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Und noch Kollege Gräff.

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das waren ja jetzt eher Statements als mit Fragen verbunden. Ich hätte vielleicht noch eine Frage an den Senat: Was sind denn die Auswirkungen auf die gewerbliche Wirtschaft, auf diejenigen, die am Ende des Tages Steuern in Berlin zahlen? Wir haben vorhin, in der Aktuellen Viertelstunde, über produzierende Unternehmen gesprochen. Gibt es möglicherweise schon eine Schätzung des Senats, wie sich das auf die Unternehmen auswirkt? – Vielen Dank!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Dann sollten wir, wie gesagt, jetzt in die Pause gehen. Herr Tidow wird danach die an den Senat gerichteten Fragen beantworten. Ich habe noch eine Idee: Vielleicht nutzen wir die Pause für die Sprecherrunde, vielleicht können wir das eben machen. Dann hätten wir das gefüllt. Ich würde die anderen Kollegen bitten, dass sie zum Lüften den Raum freimachen. Wir treffen uns um 17.45 Uhr wieder.

[Lüftungspause von 17.25 bis 17.45 Uhr]

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Dann machen wir weiter. Wir sind noch nicht ganz vollständig, aber wenn die Sozialdemokraten nicht hören wollen, was der Senat oder die Anzuhörenden zu sagen haben, dann haben sie Pech gehabt. – Herr Tidow! Dann würde ich Ihnen das Wort geben. Sie haben ja ein paar Fragen von den Abgeordneten bekommen. Danach würden wir in der Reihenfolge Witt, Langrock und Epp mit der Beantwortung fortfahren. – Bitte sehr, Herr Tidow!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren! Ich will, bevor ich die Fragen gleich der Reihenfolge nach durchgehe – es waren ja doch einige, die sich an den Senat gerichtet haben –, kurz vorab sagen: Die Machbarkeitsstudie hat ein erfreuliches Ergebnis und eine Zumutung. Das erfreuliche Ergebnis ist: Bis 2030 ist der Kohleausstieg möglich. Was auch zur Kenntnis zu nehmen, aber natürlich weniger erfreulich ist: Es bleibt am Ende ein Gap von rund 500 MW, der erst mal über Gas zu bewältigen ist. Insoweit sind wir auch im Jahr 2030 noch weit entfernt von einer vollständigen Dekarbonisierung. Das ist das zentrale Ergebnis der Studie. Das hat erst mal weniger etwas mit Wirtschaftlichkeit, sondern vor allen Dingen etwas mit technischen Restriktionen zu tun, denen wir uns hier in Berlin gegenübersehen.

Sie wissen – Herr Langrock hat es dargestellt –, wir haben Abwasser, die industrielle Abwärme, Geothermie, MHKW, Solarthermie mit eingepreist und untersucht, und ich will noch mal sagen, weil das in den Diskussionen, die wir mit Ihnen, aber auch mit den heute Anzuhörenden führen, Thema war: Das Potenzial der Geothermie ist in Berlin anders, als es in anderen Städten ist, und das sage ich Ihnen als derjenige Staatssekretär, der auch für die Trinkwasserversorgung des Landes zuständig ist. Wir gewinnen unser Trinkwasser aus dem Berliner Boden, und deswegen ist auch vor dem Hintergrund der Altlastenproblematik, die wir in der Stadt haben, das konkrete Potenzial der Geothermie begrenzter, als auch wir uns das gewünscht hätten – im Einzelfall ja, auch das ist eingepreist, aber gerade bei der Oberflächen-geothermie kommen wir in eine schwierige Situation. Ich glaube, das, worüber man nachdenken muss, ist die Tiefengeothermie. Auch bei der industriellen Abwärme sind wir nicht in der Situation, dass wir wirklich viel haben, das wir gewinnen bzw. erschließen können. Bei der Solarthermiefläche kommen wir in schwierige Zielkonflikte, wenn wir Solarthermie in dem erforderlichen Ausmaß, um Gas zu ersetzen, aufbauen müssten, auch wenn wir Brandenburg miteinbeziehen. Also das ist – und damit komme ich zu dem, was der Abgeordnete Stroedter gesagt hat, Sie hatten gefordert, bis 2030 auch gasfrei zu sein – aus der Sicht des Senates nicht zu realisieren.

Umso wichtiger ist es für uns, dass die Infrastruktur, die dann aufgebaut werden muss, um dieses Delta mit Gas zu füllen, so sein muss, dass sie nach vorne gerichtet ist. Ob man Wasserstoff nimmt – Herr Taschner hat zu Recht darauf hingewiesen, Wasserstoff ist sicherlich das edelste erneuerbare Gas, das man auch für andere Verwendungen braucht – oder andere Formen von erneuerbarem Gas, kann ich im Augenblick noch nicht sagen. Auch da wird die Frage sein: Wo kommt es her? – Aber die Infrastruktur muss es hergeben, dass dann auch von fossilem Erdgas schnell und sukzessive, je nachdem, wie die Mengen verfügbar sind, umgestellt werden kann.

Ich gehe chronologisch durch. „Wärmegesetz“ habe ich mir als Stichwort aufgeschrieben. Auch danach fragte der Abgeordnete Stroedter. Das ist Ihnen übermittelt worden. Die für Klimaschutz zuständige Verwaltung arbeitet im Augenblick daran, das Energiewendegesetz

Berlin und auch die Ziele an das Pariser Abkommen anzupassen. Vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir im Senat führen, fixiert an den Leitlinien der Regierungspolitik, und vor dem Hintergrund der Gespräche auch mit dem Abgeordnetenhaus sind wir der Meinung, dass wir die Fernwärme stärker regulieren sollten. In das Energiewendegesetz haben wir entsprechende Paragraphen aufgenommen, die den Einstieg in eine Regulierung ermöglichen, und insbesondere auch die Frage der Durchleitung adressiert.

Müllverbrennung war ein Stichwort, das von mehreren von Ihnen angesprochen worden ist. Ich will noch mal klarstellen: Aus Sicht des Senats ist es nicht zielführend, die Müllverbrennung über den Status quo hinaus auszuweiten. Wir haben als auch für Abfall zuständige Senatsverwaltung das Abfallwirtschaftskonzept vorgelegt. Auch wenn wir eines der ambitionierten Ökoszenarien im Hinblick auf unser Zero-Waste-Ziel zugrunde legen, wird in Berlin auch langfristig Abfall anfallen. Das ist nicht CO₂-frei, völlig klar, aber der Abfall wird verbrannt, und unser Bestreben ist, dass dann die Verbrennung so vollzogen wird, dass sie eine möglichst gute Energieausbeute hat. 580 Tonnen ist im Augenblick der Status quo, und – das ist mir wichtig zu sagen – darüber hinaus brauchen wir keine weitere Müllverbrennung, auch nicht, um unsere Wärme zu ersetzen bzw. zu erneuern.

Aktivitäten auf Bundesebene: Ja, Berlin ist sehr aktiv. Wir hatten gerade die Umweltministerkonferenz. Diese hat beschlossen, mehr Druck auf die europäische Ebene im Hinblick auf die Dekarbonisierung der Fernwärme und natürlich auch den Ausbau der erneuerbaren Energien zu machen. Wir haben uns als Umweltminister in der vergangenen Woche auch noch mal zum 60-Prozent-Minderungsziel 2030 bekannt. Das EP hat ja die entsprechenden Vorschläge der Kommission, die minus 55 Prozent lauten, noch mal verschärft, worauf wir uns jetzt positiv bezogen haben und hoffen, dass die Debatten, die in Europa gerade laufen, sich in die entsprechende Richtung entwickeln.

Begleitkreis – auch von mehreren von Ihnen angesprochen, konkret auch von Herrn Efler – bzw. die Begleitung der Umsetzung des Kohleausstiegs: Herr Witt wird sicherlich dazu noch etwas sagen. Wir als Umweltverwaltung sind mit Vattenfall intensiv im Gespräch und haben auch verabredet, im Weiteren eng eingebunden zu sein, oder haben auch die Zusicherung. Ich will trotzdem noch mal darauf hinweisen: Vattenfall ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen und vollzieht den Kohleausstieg unabhängig von unserer politischen Diskussion. Sie treffen wirtschaftliche Entscheidungen in Eigenverantwortung, und wir können sie weder als Senat noch als Gesetzgeber zwingen, uns in irgendeiner Art und Weise förmlich einzubinden. Insoweit ist es auch ein Akt der Absprache und der Freiwilligkeit, aber die Signale, die wir empfangen, stimmen uns hier erst mal sehr hoffnungsfroh. Wie weit auch der parlamentarische Raum an diesen Gesprächen zu beteiligen ist – ich persönlich finde das sinnvoll, weil es eine Debatte ist, die auch hier geführt wird –, ich denke, dass Herr Witt sicherlich gleich noch etwas dazu sagen wird.

Die Teilstudien, die im Rahmen des Kohleausstiegs erstellt worden sind: Wir haben ja versucht, mit dem Begleitkreis ein sehr transparentes Verfahren aufzusetzen, und die Teilstudien sind auch den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Begleitkreises zugegangen. Ich glaube, es gab eine Studie, die zu dem Zeitpunkt noch nicht fertig war, aber auch da ist gegenüber dem Begleitkreis sehr transparent agiert worden, auch vor dem Hintergrund, dass in diesen Studien auch betriebswirtschaftliches Zahlenwerk von Vattenfall enthalten ist und wir – das haben wir aber gut geschafft – einen auf einer Vertraulichkeitserklärung basierenden offenen

Umgang praktiziert haben. Insoweit bitte ich um Verständnis, dass ich von mir aus nicht zusagen kann, die Studien jetzt zur Verfügung zu stellen, ich glaube aber, dass man auch hier mit Vattenfall eine Möglichkeit findet, das, was an Informationen gewünscht ist, auszutauschen. Aber ich kann es allein von mir aus jetzt nicht zusagen.

Was ist mit den Kohlekraftwerken außerhalb von Vattenfall? – Auch das war eine Frage. Auch mit denen sind wir im Gespräch, und die werden bis spätestens 2030 abgeschaltet sein, ich glaube, sogar deutlich früher, wenn ich mich richtig entsinne, das eine 2025, das andere 2027. Das ist eine vernachlässigbare Größe, aber selbstverständlich gilt der Kohleausstieg auch für die beiden kleineren Kraftwerke.

Müllerverbrennung – Herr Kössler hatte danach gefragt –: Ich hatte schon etwas dazu gesagt. In unserem Ökoszenario haben wir 520, das fällt an überlassungspflichtigen Siedlungsabfällen zur Verbrennung an, genehmigt sind 580. Aber auch die fallen in Berlin unter diesen optimistischen Annahmen an, dann nicht als überlassungspflichtige Haushaltsabfälle, sondern als Gewerbeabfälle, sodass die Kapazität einerseits da ist und auch nicht über Gebühr aufgebaut ist. Wie gesagt, an eine Ausweitung denkt der Senat nicht. – Ich glaube, die anderen Fragen von Herrn Kössler sind schon in den vorherigen Beantwortungen aufgegangen. Herr Taschner hatte insbesondere auf den Wasserstoff und erneuerbares Gas hingewiesen. Dazu habe ich schon etwas gesagt.

Herr Buchholz fragte: Was soll das kosten? – Wenn ich mich richtig entsinne – Herr Langrock müsste es gleich präzisieren –, kommen wir in unserer Kostenschätzung auf eine zusätzliche Belastung von 140 Euro pro Haushalt im Jahr 2050. Das ist – das muss man einschränkend sagen – unser Szenario. Wir wissen ja alle nicht: Was kostet die Ölheizung im Jahr 2050? Was kosten andere Formen von Wärmegewinnung? –, sodass also auch dieses Zahlenwerk mit Vorsicht zu genießen ist. Jedenfalls darf man es insoweit nicht gegen den Status quo setzen, sondern man muss es gegen eine Zukunft setzen, in der – davon gehe ich aus – jede andere Form von fossiler Wärmegewinnung deutlich teurer sein wird. Wenn wir hier von der Fernwärme reden, reden wir ohnehin nur von 30 Prozent der Wärmeversorgung in Berlin, Stand heute. Sie haben im Ökoszenario 95 gesehen: Im Jahr 2050 gehen wir von einem Anschlussgrad von 40 Prozent aus. Auch dass diese übrigen 60 bis 70 Prozent Haushalte mit Wärme versorgt werden müssen, reduziert noch mal das Potenzial an Solarthermie, Geothermie usw., das für die Fernwärme zur Verfügung steht.

Dann hatte Herr Gräff nach den Auswirkungen auf die gewerbliche Wirtschaft gefragt. Dazu müsste vielleicht die Wirtschaftsverwaltung noch mal Stellung nehmen. Dazu kann ich Ihnen im Augenblick nichts sagen. – Ich glaube, dass ich nach den Stichworten, die ich mir aufgeschrieben habe, damit durch bin, und würde ansonsten für die nächste Runde zur Verfügung stehen. – Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Tidow! – Wir machen jetzt weiter mit Herrn Witt. Sie beginnen mit der Beantwortung.

Markus Witt (Vattenfall Wärme Berlin AG) [zugeschaltet]: Ich hoffe, ich bin gut zu hören.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielleicht müssten Sie das Headset ein bisschen runterregeln. Da gab es Störgeräusche.

Markus Witt (Vattenfall Wärme Berlin AG) [zugeschaltet]: Ich habe das Headset jetzt abgenommen und rede über mein normales Mikrofon und über die Kamera. Wenn irgendwas sein sollte, dann geben Sie mir ein Zeichen.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Irgendwie ist es nicht wirklich besser. Ich weiß nicht, woran es liegt. – Versuchen Sie es jetzt noch mal!

Markus Witt (Vattenfall Wärme Berlin AG) [zugeschaltet]: Ich versuche es jetzt noch mal mit Headset. – Es war natürlich eine ganze Reihe von Fragen. Ich möchte wie folgt Stellung nehmen, zunächst einmal zur Frage der Biomasse: Praktisch von allen Fragenden kam eine Frage zur Biomasse. Biomasse liegt mir persönlich sehr am Herzen und auch uns als Unternehmen, dass Biomasse einen wichtigen Beitrag liefern kann, um auch langfristig die Fernwärme deutlich grüner zu machen. Wir sehen die Biomasse als Potenzial, um später aus dem Erdgas, sprich: aus dem fossilen Erdgas auszusteigen. Mit der Biomasse verhält es sich so, dass wir seit Langem eine Nachhaltigkeitsvereinbarung mit dem Land Berlin haben, die wir erneuern wollen. Die ist auch öffentlich zugänglich. Darin sind ganz klar Kriterien festgelegt, welche Biomasse wir wie nutzen wollen. Wir sind im Übrigen der größte Kurzumtriebsplantagenbetreiber in Deutschland mit 2 000 Hektar, und diese Kurzumtriebsplantagen verwenden wir zum Beispiel im Märkischen Viertel, aber auch in Teilen in Moabit. Die Stoffströme, die in der Stadt anfallen – Herr Kössler machte eine Bemerkung, wie viel Fußballfelder oder Hektar weiter abgeholzt werden –: Es geht mitnichten darum, dass auch nur ein einziger Hektar Wald abgeholzt wird, sondern wir reden immer von Waldresthölzern, Landschaftspflegematerialien oder diesen Kurzumtriebsplantagen, die extra dafür wachsen. Auch in den Bezirken der Stadt fallen jedes Jahr durch reine Pflege große Stoffströme an, was Biomasse angeht. Da sind eigentlich die Potenziale in der Stadt, die man nutzen könnte. Für Moabit, jetzt mal in Tonnen gerechnet, sind wir sicherlich bei 100 000 Tonnen Nutzung, aber ich kann mir auch vorstellen, ich bin auch fest davon überzeugt, dass die Stadt ein wesentlich größeres Potenzial hätte, hier völlig nachhaltig Biomasse bereitzustellen.

Wir gucken uns auch Dinge bei den Stoffströmen im Abfallwirtschaftskonzept an: das Laub und das Mähgut. Das sind Dinge, die kann man sicherlich auch nutzen, allerdings sind das dann spezielle Dinge, die es zu berücksichtigen gilt. Mähgut z. B. ist naturgemäß sehr nass. Es macht wenig Sinn zu versuchen, das Mähgut in einer Verbrennungsanlage zu verbrennen. Mähgut ist etwas, was man sinnvollerweise in Biogasanlagen nutzt. Mit dem Laub verhält es sich so, dass Laub erst mal weiterverarbeitet werden muss. Sie können Laub nicht einfach egal in welchen Biomassekessel reinschmeißen. Es gibt also Prozesse, die vorgeschaltet sind, die natürlich Geld kosten und bei denen auch wieder Energie eingesetzt werden muss. Insofern muss man sich gut überlegen, welche Biomassefraktion man in welcher Anwendung letztendlich haben möchte. Die Anwendung beim Biogas halte ich für sehr sinnvoll, und wenn damit die Fahrzeuge der BSR betrieben werden, ist das genau der richtige Weg. Sollte Biogas darüber hinaus zur Verfügung stehen, sind wir gerne bereit, dieses Biogas auch in einer Anlage zu verbrennen. Es gibt BHKWs, die wir heute betreiben, in denen das stattfindet.

Zum Geothermiepotezial: Herr Staatssekretär Tidow hat es gerade angesprochen. Geothermie ist in Norddeutschland schwierig. Ja, wir müssen über Tiefengeothermie sprechen. Ja, es gibt natürlich ein theoretisches Potenzial, das ist klar. Wenn wir über Tiefengeothermie sprechen, dann rede ich hier über Tiefen von 1 500 bis 1 800 Metern. Das ist der Buntsandstein, der in den norddeutschen Becken verläuft. Dort gibt es dann diese salinen Aquiferen, und da müsste man die Wärme dann entsprechend herausholen. Das ist etwas, dazu gibt es auch eine Teilstudie, was wir uns genauer angesehen haben. Ja, das Potenzial ist begrenzt, weil die Temperaturen dort schlicht und ergreifend begrenzt sind. Etwas, was keiner weiß, weil es diese ... [unverständlich wegen Tonstörung] nicht gibt in ausreichendem Maße. In Brandenburg, in der ehemaligen DDR, gab es einige Versuchsbohrungen, aber wir wissen im Grunde genommen nur begrenzt, was im Berliner Untergrund tatsächlich vorliegt. Das Entscheidende hier ist die sogenannte Höffigkeit. Also wie viel warmes Salzwasser können Sie eigentlich pro Stunde fördern? Denn das ist das Potenzial, aus dem Sie dann die Wärme schöpfen können. Das ist etwas, das muss man sich natürlich angucken. Wir glauben, dass das begrenzt ist.

Auf der anderen Seite hatte ich gesagt, wir haben ein Verfahren mit einem Betreiber, den ich jetzt hier nicht nennen möchte, bei dem es vielleicht, und das gilt es jetzt vorsichtig zu bewerten, so sein könnte, dass wir in einem geschlossenen System arbeiten, sodass wir dann auf diesen salinen Aquifer gar nicht angewiesen sein werden. Aber das ist ein Verfahren, das ist komplett neu, das muss man sich dann entsprechend angucken. Das Entscheidende bei der Geothermie, und ich glaube, das ist auch bei Herrn Tidow herausgekommen, ist, wir müssen sehr gut aufpassen, wie es sich mit den trinkwasserführenden Schichten verhält, und das wird im Genehmigungsprozess sicherlich zu klären sein, wenn man da durchbohren möchte. Ich darf darauf hinweisen, es gibt bisher im gesamten Stadtgebiet keine Bohrung, die tiefer ist als die Bohrungen – nach meinem Wissen zumindest –, die für den Bundestag gemacht wurden.

Industrielle Abwärme: Wir alle wissen, dass Berlin mal eine hochindustrialisierte Stadt war. Das war zur Jahrhundertwende 1900, Anfang des 20. Jahrhunderts. Das ist heute nicht mehr der Fall. In der Aktuellen Viertelstunde hat Frau Senatorin Pop mehrfach Stellung genommen und über die Digitalwirtschaft gesprochen. Tourismus, Digitalwirtschaft, das ist das, wovon wir heute in Berlin im Wesentlichen leben. Abwärmepotenziale aus der Industrie sind begrenzt. Das, was wir nutzen können, wollen wir tun. Da möchte ich noch mal die Wasserbetriebe nennen, die BSR ist zu nennen. Wir sind aber auch zum Beispiel mit KPM seit längerer Zeit im Gespräch, und wir nutzen auch die Abwärme der KPM. Wir haben im Grunde genommen eine große Transparenz über alle Abwärmepotenziale in dieser Stadt, und dann muss man natürlich mal sehen: Wo sind sie gelegen? Und wenn ich Abwärmepotenziale sage, dann sage ich mal brutto 200 MW thermisch. Das ist alles inklusive. Dann rede ich auch von der Bäckerei und von der Großfleischerei, und nicht jede Bäckerei oder Fleischerei liegt in der Nähe des Fernwärmenetzes. Der Anschluss dieser Potenziale ist dann natürlich verbunden mit hohen Anschlusskosten, und das ist etwas, was sich in vielen Fällen nicht rechnet, und zwar nicht nur für uns nicht rechnet, sondern auch für denjenigen nicht rechnet, der dieses Potenzial vielleicht hätte. Es gibt natürlich Bayer im Wedding. Auch da gibt es industrielles Abwärmepotenzial, und wir sind auch dort im Gespräch. – Also industrielle Abwärme: Das, was möglich ist, schauen wir uns an. Das Interesse auf der Seite derjenigen ist aber gering, weil es nicht das Kerngeschäft dieser Unternehmen ist, die meinetwegen Großbäckerei sind oder Fleischerei. Da entsteht zwar Abwärme, aber das ist nur ein Nebengeschäft und auch gar nicht im Bewusstsein dieser Unternehmen. Insofern ist da auch das Interesse sehr gering.

Sie haben alle, insbesondere auch Herr Efler, Herr Kössler und, ich glaube, auch Herr Taschner, den Begleitkreis angesprochen. Auch Herr Tidow hat es genannt. Sie haben nach den Teilstudien gefragt. Das sind natürlich wichtige Punkte. Ich glaube auch, dass wir in unserem Prozess auch die Teilstudien transparent gemacht haben. Ich glaube, dass wir als Unternehmen auch mit SenUVK weiter im Gespräch sind und dass wir da miteinander besprechen werden, wie wir vielleicht im nächsten Jahr die Stadtgesellschaft auch noch mal umfassender darüber informieren, was jetzt in diesem Kohleausstieg, in diesem Transformationsprozess passiert. An uns, sprich: an dem Unternehmen Vattenfall, soll das nicht scheitern, dass wir hier noch mal im nächsten Jahr für eine größere Transparenz sorgen. Das ist natürlich auch ein Prozess, bei dem es nicht jede Woche irgendetwas Neues zu berichten gibt. Das sind Dinge, die finden eher im Halbjahres- oder Jahresrhythmus statt. Dazwischen wird intensiv gearbeitet. Aber ich denke, wir werden dann gleich Mitte nächsten Jahres zu einem wie dann auch immer gearteten Termin kommen.

Dann gab es mehrere Fragen zum Thema Teilnetze und Temperaturen. Das ist etwas, was wir in der Machbarkeitsstudie und auch in diversen Gesprächen im Begleitkreis erläutert und auch miteinander besprochen haben. Wir haben sogar einen ganzen Begleitkreis nur diesem Thema gewidmet: Vorlauftemperaturen und darüber erst mal potenziell die Frage: Bekommt man dann Abwärme leichter ins Fernwärmenetz integriert? – Ich kann sagen, dass wir als Unternehmen daran arbeiten, gerade im Dreileitersystem, also im Westteil der Stadt, einen Plan erarbeiten, dessen Ziel es ist, aus diesem Dreileitersystem ein Zweileitersystem zu machen. Was hat das jetzt mit der Temperatur zu tun? – Wir haben dort einen sogenannten Konstantleiter. Da wird das ganze Jahr hindurch eine Temperatur von 110°C gehalten. Wenn wir dann in einigen Schritten, und das wird auch sicherlich ein paar Jahre dauern, diverse Umstellungen machen, da ist die Kundenseite auch wichtig, dann können wir diesen Konstantleiter praktisch abschaffen und haben dann ein Zweileitersystem mit einem gleitenden Vorlauf. Das wird dann dazu führen, dass wir im Jahresdurchschnitt zu deutlich niedrigeren Temperaturen kommen in diesem Westnetz.

Im Ostnetz, sprich: im sogenannten VG 2 – Marzahn, Klingenberg und Mitte, das sind die Gebiete –, ist es schlicht und ergreifend so, dass wir mit relativ hohen Temperaturen im Winter fahren müssen, und das liegt nicht daran, dass wir das gerne wollen, sondern schlicht und ergreifend haben wir eine durchsanierte Platte. Nach der Wende sind die Plattenbauten in Marzahn, Hellersdorf und Lichtenberg saniert worden. Das ist eine Sanierung, die einen bestimmten Grad erreicht hat. Daraufhin haben wir auch unsere Vorlauftemperatur ausgelegt. Wenn wir jetzt deutlich mit der Temperatur herunter gehen würden, könnten diese Häuser nicht mehr mit ausreichender Wärme bei entsprechend tiefen Temperaturen versorgt werden. Das soll heißen, bevor wir dort mit den Vorlauftemperaturen heruntergehen können, muss man über energetische Gebäudesanierung, und zwar eine sehr tiefe Sanierung nachdenken, denn Sie kommen da mit Radiatoren und normalen Heizkörpern nicht mehr aus, sondern wir müssten dort in so etwas wie Fußbodenheizung einsteigen. Das sind Kosten, die sind dann sicherlich auf der Seite der Wohnungsbaugesellschaften. Gleichzeitig muss man sagen, die zu transportierenden Wassermengen würden sich deutlich vergrößern. Da gibt es große technische Herausforderungen.

Dann hatte ich Fragen nach dem Erdgas notiert, wann und wie wir das Erdgas mit Wasserstoff ersetzen. – Das ist natürlich eine Frage, die kann ich hier und jetzt so nicht auf ein Jahr beantworten. Auch da hat Herr Tidow einige Anmerkungen gemacht. Wir wissen nicht wirklich,

wie sich die Wasserstoffwirtschaft entwickeln wird, aber eines ist klar: Wir sehen alle zusammen, mit welchem großen Willen diese Wasserstoffwirtschaft nicht nur diskutiert wird, sondern es werden auch Milliarden Euro bereitgestellt, sei es im deutschen Programm und in der Strategie oder auf EU-Ebene. Wir gehen davon aus, dass spätestens ab Mitte der Dreißigerjahre, Anfang der Dreißigerjahre auch substantielle Mengen zur Verfügung stehen. Und ja, es gibt Anwendungsbereiche, da ist der Wasserstoff zunächst einmal zu nennen. Das ist sicherlich der Verkehr und auch die Industrie. Es gibt aber auch von der Gaswirtschaft ein sehr großes Interesse, das Erdgas grüner zu machen, also sprich: entweder biogenes Gas oder Wasserstoff beizumischen. Insofern werden wir damit dann auch in der Fernwärme über diese Anteile direkt profitieren und damit natürlich dann anteilig direkt die Fernwärme noch weiter dekarbonisieren, was dann natürlich auch unseren 1,3 Millionen Kunden zugutekommt.

Ich gehe auch davon aus, und das ist auch viel diskutiert, und da gibt es auch entsprechende Pläne, dass die Erdgaswirtschaft die Transportnetze, einzelne Leitungssysteme auf 100 Prozent Wasserstofftransport umstellen wird, und das berücksichtigen wir heute schon in der Planung. Das heißt, wir wollen zwei Gasleitungen bauen. Mit der einen wollen wir Marzahn an das Hochdrucksystem anschließen, und diese Ableitung wird von vornherein so gebaut, dass sie auch zu 100 Prozent Wasserstoff transportieren kann. Das Gleiche gilt für den Standort Reuter-West. Die Leitung, die wir da von Westen heranzuführen wollen, wird von vornherein 100 Prozent Wasserstoff transportieren können. Die Gasturbinen, die wir dort verwenden wollen, werden – und das sind Voraussetzungen für die Investition – mindestens 50 Prozent Wasserstoff mitverbrennen können. Wir erwarten von dem Lieferanten, dass er uns eine Roadmap aufzeigen kann, um diese Turbinen dann auch technologisch zu einer hundertprozentigen Wasserstoffmitverbrennung zu führen. – So viel zum Erdgas.

Wann dann letztendlich fossilfrei? Was ist eine Generation? – Wie es der jetzt ausgeschiedene CEO von Vattenfall Magnus Hall gesagt hat: Unsere Kinder, die jetzt auf die Welt kommen, und ich beziehe mich auf das Jahr 2016/2017, sollen, wenn sie erwachsen sind, ein fossilfreies Leben führen können. In meiner Definition, und das ist praktisch, wenn Sie so wollen, meine persönliche, wäre das für mich Mitte der Vierzigerjahre. Da würde ich 30 Jahre draufrechnen, und das ist für mich eine Generation, und dann wären wir Mitte der Vierzigerjahre. – Jetzt habe ich sicherlich einige Dinge nicht beantwortet, aber so weit erst einmal von meiner Seite.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Witt! – Wir machen weiter mit Herrn Langrock. – Bitte!

Thomas Langrock (B E T) [zugeschaltet]: Danke, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mit der Frage von Herrn Kössler beginnen nach dem angesetzten CO₂-Preis. Wir haben in der Tat 39 Euro je Tonne CO₂ im Jahre 2050 für das Current-Policy-Szenario angenommen. Das ist aber nicht das Klimaschutzszenario, sondern lediglich ein Szenario, in dem der jetzige Umfang von Klimaschutzpolitik bis ins Jahr 2050 fortgeschrieben wird. In den zwei Klimaschutzszenarien haben wir im Jahr 2050 Preise in Höhe von 93 Euro je Tonne für das KS 80 und 126 Euro je Tonne für das KS 95 angenommen, also doch erhebliche Steigerungen, wenn Sie das ins Verhältnis setzen zum heutigen Preis, der tagesaktuell bei 25 Euro je Tonne liegt.

Eine zweite Frage war: Welche Veränderungen von Förderrichtlinien und Förderinstrumenten wurden in der Studie, die 2019 gerade zu dem Zeitpunkt, wo das Klimapaket 2030 vorgelegt wurde, fertiggestellt worden ist, schon vorweggenommen? – Da sind eigentlich zwei wesent-

liche Punkte zu benennen. Wir haben in der Studie zum einen eine sogenannte CO₂-Bepreisung zur dezentralen Wärmeerzeugungstechnik vorgenommen. Genau diese CO₂-Bepreisung wird jetzt zum 1. Januar 2021 in Form des Brennstoffemissionshandelsgesetzes tatsächlich eingeführt. Wir haben zum Zweiten eine Verlängerung des KWK-Gesetzes mit den Förderinstrumenten für den Umstieg von Kohleanlagen auf anders geförderte KWK-Anlagen, also insbesondere auch die hier erwähnte hybride KWK vorweggenommen. Was wir da nicht gemacht haben, ist, dass wir die Erhöhungen, die dann tatsächlich stattgefunden haben, des Kohlebonus, noch nicht vorweggenommen haben, sodass unsere Kostenschätzung eigentlich sogar ein bisschen günstiger ausfallen müsste nach den aktuellen Förderrichtlinien.

Das bringt mich zu der Frage von Herrn Abgeordneten Buchholz, der fragte, was die Kostenschätzung angeht. – Zum einen ist es tatsächlich so, dass die Instrumente, die wesentlich sind bezüglich der Kostensteigerung, wie zum Beispiel das Brennstoffemissionshandelsgesetz, schon vorweggenommen sind. Was herausgekommen ist, ist eine Belastung im Jahre 2030 – das ist ein bisschen anders, als Herr Tidow sagte – von 12 Euro je Monat für eine 65-m²-Wohnung mit einem typischen Wärmebedarf. Das sind dann die 150 Euro pro Jahr, die erwähnt worden sind. In der Tat, auch das hat Herr Tidow gesagt, war es uns immer ganz wichtig, diese Kostensteigerung auch ins Verhältnis zu setzen zur Kostensteigerung von anderen Wärmeerzeugungstechniken wie zum Beispiel Gaskessel oder auch Gaskessel in Kombination mit Solarthermieranlagen oder Wärmepumpen. Das Ergebnis war hier immer, dass in ähnlicher oder geringerer Größenordnung die Kosten für die Fernwärme steigen.

Ich möchte zu dem Themenkomplex der einzelnen Wärmetechniken kommen. Da war eine Frage von Herrn Kössler: Welche Abstimmungen gab es eigentlich mit dem Land Brandenburg? – Da gibt es nach meiner Erinnerung nur zwei Themen, wo das Land Brandenburg explizit berücksichtigt worden ist. Zum einen in der Teilstudie mit den Biomassepotenzialen wurde selbstverständlich in konzentrischen Kreisen um Berlin herum geguckt: Welches Biomassepotenzial ist vorhanden und zurzeit schon ausgenutzt? Das ist ein konkreter Ansatzpunkt. Zum Zweiten hat es nach meiner Kenntnis eine Abfrage durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz beim Land Brandenburg gegeben, ob es Grundstücke für solarthermische Anlagen in Brandenburg gibt. Mir ist allerdings kein konkretes Grundstück bekannt geworden, das da als besonders geeignet vorgestellt worden ist.

Die nächste Frage: Ich würde gern noch mal auf das Thema Geothermie eingehen. Konkret ist in der Teilstudie – ich habe die Pause genutzt, um da reinzugucken – untersucht worden: Welche Potenziale für die Nutzung von Geothermie bestehen an den Standorten Reuter und Moabit? Das ist in der Tat konzentriert auf das Thema der sogenannten Tiefengeothermie. Eine zentrale Erkenntnis dort ist die erwähnte geologische Formation der Detfurth-Unterbank im mittleren Buntsandstein. Die ist tatsächlich geeignet für die Geothermie. Sie liegt in Reuter in der Größenordnung von 1 100 bis 1 200 Meter tief, in Moabit 1 400 bis 1 500 Meter tief. Grundsätzlich ist diese Formation in ganz Berlin vorhanden. Man kann im Grunde auch an anderen Standorten das erwähnte Konzept mit verschiedenen Ausprägungen umsetzen. Problem ist aber, dass in ganz Berlin nirgendwo die Temperatur wieder herauskommt, wenn man das durch eine Bohrung macht, die 80°C überschreitet. Das zum Beispiel ganz plastisch als Unterschied: In München wird von einer Temperatur deutlich über 100°C gesprochen oder auch im Oberrheingraben. – Das hat dazu geführt, dass wir in Moabit ein Potenzial für Geothermie von 1,1 bis 2 Megawatt thermisch angesetzt haben. Wir hätten das für Reuter auch in der Größenordnung 0,75 bis 0,95 Megawatt thermisch machen können. Das ist dann in den

Transformationsszenarien in Moabit aufgenommen und sogar noch mit einem Aquiferwärmespeicher kombiniert worden. Das heißt also, wir haben in Moabit eine Wärmegewinnung in der Größenordnung von 2 Megawatt thermisch und einen Wärmespeicher in der Größenordnung 6 Megawatt Einspeise- und Ausspeiseleistung. Das kann man an mehreren Standorten in Berlin machen, aber ich glaube, selbst wenn Sie das mit 20 oder 30 multiplizieren, wird klar, dass es bei diesen Größenordnungen immer noch eine sehr kleine Lösungsstrategie ist.

Zur Solarthermie war eine Frage: Haben wir auch Innovationen vorweggenommen in dieser Machbarkeitsstudie? – Die klare Antwort darauf ist: Nein. Wir haben weder Innovationen unterstellt bei dem Thema Kostenentwicklung von einzelnen Wärmeversorgungsoptionen noch bei dem Thema Wirkungsgradverbesserung. Warum haben wir das gemacht? – Eine zentrale Prämisse der Machbarkeitsstudie war, dass ein technisch realisierbares Konzept erarbeitet werden soll, um den Kohleausstieg umzusetzen und die technische Realisierbarkeit insbesondere. Die Technik soll es geben, und es soll einen konkreten Standort geben, wo diese Technik auch tatsächlich angewandt werden kann. Das ist der Hauptgrund, warum wir sozusagen nicht irgendwelche Innovationen in Form von Kurven eingerechnet haben.

Bei der Solarthermie ist es so, das fragte Herr Taschner: Welche Option gibt es eigentlich im Bereich Wärmespeicher und technischer Entwicklung? – Aktuell ist der Stand der Technik bei der zentralen Solarthermie, dass sie in großen Flächen, und das sind wirklich große Flächen – wir hatten in der Machbarkeitsstudie eine zentrale Solarthermie von der Größenordnung eines Viertels des Tiergartens untersucht –, kombiniert wird mit einem Erdbeckenspeicher, und auch diese Erdbeckenspeicher sind dann ein doch größer dimensionierter See, der im Sommer auf 90°C erwärmt wird mit der Solarthermie und dann übers Jahr im Winter ausgekühlt wird. Dieser Erdbeckenspeicher ist eine sehr handfeste Technik, und es gibt mehrere Konzepte, wie man Wärmespeicher verbessern will, sodass Wärmeverluste über diese halbjährliche Speicherung geringer werden, dass höhere Temperaturniveaus möglich werden und das vielleicht auch in weniger großer Flächenausbreitung Wärmemengen gespeichert werden. Nach unserer Kenntnis ist aber noch kein deutlicher Durchbruch zu sehen, der diese Wärmespeicher wesentlich kleiner oder billiger machen würde. Das ist eigentlich meine letzte Anmerkung zum Thema Solarthermie gewesen. – Ich danke Ihnen!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank! – Last but not least, Frau Epp!

Julia Epp (Bündnis Kohleausstieg Berlin) [zugeschaltet]: Danke schön! – Ich möchte als Erstes auf die Frage eingehen zu dem Thema Enquetekommission Neue Energie. Noch mal als Hinweis: Diese hat 2014 die Machbarkeitsstudie für ein klimaneutrales Berlin veröffentlicht. Damals hatte man Treibhausgasemissionseinsparungen von 85 Prozent angesetzt. Mittlerweile hat sich der politische Kontext geändert. Das Pariser Klimaabkommen wurde im Dezember vor fünf Jahren veröffentlicht, also nach dieser Studie. Für uns ist die Orientierung am Pariser Klimaabkommen natürlich wesentlich aktueller und auch der richtige politische Kontext, in dem wir uns bewegen sollten. Auch die Wuppertal-Studie, die jetzt von Fridays for Future beauftragt wurde, legt nahe, dass man zu einer schnelleren Dekarbonisierung kommen sollte. Deswegen fordern wir einen zeitigen Gasausstieg. Diese Dekarbonisierung sollte laut Wuppertal-Studie eigentlich bis 2035 stattfinden.

Ich kann hier nur darauf hinweisen, dass die Diskussion, die wir eben hier führen, nicht vereinbar ist mit dem Pariser Klimaabkommen. Der Gaseinstieg ist deswegen aus unserer Perspektive einfach zu riskant und sollte in einer großen gesellschaftlichen Runde diskutiert werden. In dem Begleitkreis saßen ja keine anderen Energieunternehmen, und es saßen nur zwei andere wissenschaftliche Institute mit drin, die vieles ehrenamtlich erledigen mussten, und ich finde, dass ein größerer gesellschaftlicher Diskurs zu diesem Thema fehlt. Man riskiert da einen Lock-in, und ich kann es Ihnen nicht sagen, weil ich nicht weiß, wie sich dies weiterentwickeln wird. Man sollte diesen Gaseinstieg auf jeden Fall sehr gut durchdenken, und Vattenfall hat gerade selbst gesagt, dass sie nicht wissen, ob Wasserstoff nach 2030 für den Wärmesektor zur Verfügung steht. Das stimmt, das weiß keiner, und dementsprechend finde ich äußerst riskant zu sagen: Wir wagen das. – Wir halten uns als Berlin nicht an das Pariser Klimaabkommen, wollen das aber gerade novellieren. Da müssten wir gucken, dass wir als Bundesland konsistent sind.

Zum Thema Teilstudien: Es gab relativ viele Diskussionen zum Thema Geothermie. Ich kann v. a. die Informationen, die uns das Geoforschungszentrum genannt hat, einfach nur weitergeben, dass dort höhere Potenziale gesehen werden. Man hat uns empfohlen, dass man ein Projekt dazu beantragen könnte; da sitzen Sie an den richtigen Hebeln. Wenn man zehn Bohrungen durchführt und fünf davon danebengehen, dann ist das kein Thema. Aber natürlich ist uns auch da wichtig zu schauen, dass man einen öffentlichen Diskurs führt, wie das mit der Trinkwasserversorgung funktionieren soll, wie groß das Risiko ist. Das Geoforschungszentrum hat da eigentlich keine so großen Bedenken gehabt, aber als Umweltverband ist es uns wichtig, da genauer reinzuschauen.

Zum Thema Biomasse gab es ebenso einige Rückfragen. Ich kann Ihnen nicht wirklich sagen, wie nachhaltig die Biomasse ist, die dort verwendet wurde, weil die Teilstudie, wie gesagt, nicht öffentlich zugänglich ist. Man darf da vielleicht noch etwas transparenter sein. Wir hatten im Rahmen der Machbarkeitsstudie die Möglichkeit, Teilstudien einzusehen. Ich kann auch ein Stück weit verstehen, dass da betriebswirtschaftliche Zahlen von Vattenfall stehen, die nicht veröffentlicht werden sollen, und es nicht so einfach geht, die herauszugeben. Man könnte aber einiges an betriebswirtschaftlichen Aspekten rausstreichen und vielleicht überlegen, ob man auf einem aggregierten Level Informationen gerade zu den Potenzialen herausgeben kann. – Was ich Vattenfall mitgeben kann: Ich weiß noch – wir durften die Teilstudien für einen Nachmittag einsehen –, dass die Biomasse aus der Region Berlin-Brandenburg kommen sollte, aber genau dazu: Man sieht ja, was für ein Problem es ist, dass die Teilstudien nicht öffentlich sind. Wir diskutieren über das Potenzial von Geothermie, von Biomasse, ohne zu wissen, was da eigentlich diskutiert wird und was für Studien da einlaufen. Man müsste das öffentlicher machen oder sich überlegen, wie man zumindest Teile veröffentlichen kann.

Sie hatten mich gefragt, was für Wärmepotenziale es eigentlich für Berlin gibt. – Das wäre etwas, was eigentlich das Land Berlin untersuchen sollte. Es ist nicht die Aufgabe der Machbarkeitsstudie gewesen zu sagen, wie eine Wärmewende in Berlin aussehen kann. Diese Schritte müssten in der nächsten Zeit auf jeden Fall erfolgen. Man könnte darüber diskutieren, ob der Import von erneuerbaren Energien sinnvoller sein könnte, statt Wasserstoff zu importieren, da man diesen ja auch großflächig in Wärmepumpen nutzen könnte. Die dena-Studie „Integrierte Energiewende“ sah einen riesigen Roll-out von Wärmepumpen vor im Vergleich zum Thema Wasserstoff im Wärmesektor, und da müsste man jetzt eigentlich aktiver werden. Die SenUVK macht sich bei diesem Thema schon stark, was erfreulich ist, und es gibt eine

Studie zum Thema pariskonformes Berlin, wo wir uns noch mal ein besseres Bild davon machen. Sobald diese Studien vorliegen, hätte ich den großen Wunsch, auch gern mit Vattenfall noch mal zu diskutieren, was für Potenziale es für eine Nachsteuerung noch gibt.

Das Thema Müllverbrennung wurde mehrfach angesprochen: Wir haben im Begleitkreis sehr viel über Müllverbrennung gestritten. Man muss auch sagen, dass in der Studie selbst eigentlich keine Stoffströme zum Thema Müllverbrennung als Annahme unterlagen. Man hatte die aktuelle Abnahme angenommen, und das hätten wir uns anders gewünscht. Ich kann mit Bauchschmerzen sagen, dass man, wenn der Müll anfällt, die Abwärme sinnvoll nutzen sollte. Das gilt aber nur, wenn das mit dem Abfallwirtschaftskonzept konform ist, wenn grundsätzlich die Vermeidung und das Recycling von Müll vorangetrieben werden und wenn man die CO₂-Emissionen, die dabei entstehen, der Müllverbrennung zurechnet. Wir hatten auch das Problem, dass das Zero-Waste-Konzept nur Zahlen bis 2030 vorgelegt hatte und die Machbarkeitsstudie Zahlen bis 2050 vorlegt. Also ist da keine Konvergenz der Zahlen zu 100 Prozent zu erwarten, und das ist problematisch und kritisch zu betrachten. Die Müllverbrennung läuft nach dem Szenario als Grundlast. Das heißt, wenn ich im Sommer dezentral Solarthermie nutzen wollen würde, könnte ich ... [unverständlich] schon als Grundlast vom Müllheizkraftwerk geliefert werden würde. Das ist natürlich etwas schwierig und sollte kritisch betrachtet werden, sodass man hier keine Nachfrage nach Müll schafft und überlegt, welche erneuerbaren Potenziale wir wirklich haben, bevor man sich auf Müllverbrennung zu sehr konzentriert und einlässt.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Wenn Sie dann langsam zum Ende kommen!

Julia Epp (Bündnis Kohleausstieg Berlin) [zugeschaltet]: Zum Thema Regulierung wurde gefragt – wir würden auch eine Erneuerbare-Energien-Quote für das Wärmenetz bevorzugen oder unterstützen. Das haben wir in unserem Eckpunktepapier für ein Berliner Wärmegesetz vorgeschlagen, das wurde mit dem Hamburg-Institut zusammen entwickelt und sollte im Rahmen der Novelle zum Berliner Energiewendegesetz betrachtet werden. Was uns noch zu betonen wichtig ist: Wie machen wir weiter? – Ich glaube, Berlin hat viele kluge Köpfe, auch viele andere Energieunternehmen, die vielleicht andere Positionen zu dem haben, was in der Wärmewende möglich ist. Ich würde das Thema gern weiterdiskutieren wollen. Wir sehen uns in der Verantwortung zu überlegen, wie wir näher an die Pariser Klimaziele herankommen.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank! – Herr Kössler, bitte machen Sie es kurz, sodass wir zum Ende kommen!

Georg Kössler (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich habe von Vattenfall vernommen, dass es wahrscheinlich noch Geld von der Bundesregierung gibt, und auf die Nachfrage, wie wir unterstützen können, nichts Konkretes. Deshalb würde ich für das Protokoll festhalten, dass vom Land Berlin kein Geld in Richtung Vattenfall fließen muss. Das kann gemacht werden; das können die selber stemmen. – Zum Thema Teilstudien haben alle was gesagt, aber niemand das, was ich hören will. Deshalb noch mal ganz klar: Sie können uns auch gern zum digitalen Kaffee einladen und uns das vorlegen. Wir können ja mal einen Kompromiss machen. Ich muss die nicht via Twitter bekommen, aber als gewählter Abgeordneter möchte ich wissen, welche Teilstudien dort zu Solar- und Geothermiepotezialen gemacht werden, und möchte mir die anschauen können, und darauf bestehe ich auch.

Es wurde darüber hinaus beim Thema Ausstieg aus dem Gas von Kohleausstieg Berlin 2030 gesagt. Herr Witt hat gesagt: in einer Generation. – Volljährig ist man in Deutschland mit 18. Von 2017 an gerechnet, wäre das 2035. Ich glaube, ich habe akustisch – da war die Verbindung nicht so gut – 2040 gehört. Ich finde die Zahlen alle sehr interessant, und wir werden sie in unsere weitere Beratung über die Erstellung des ordnungspolitischen Rahmens mitnehmen, die jetzt ansteht. – Eine konkrete Frage, wo ich nicht die Antwort gehört habe, wäre an den Senat: Gibt es eine Vereinbarung zwischen Senat und Vattenfall? Wird es ein schriftliches Dokument zwischen Vattenfall und dem Senat über diesen Kohleausstieg geben?

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Herr Tidow, wollen Sie kurz darauf antworten?

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Ja, ich kann kurz antworten, weil Herr Kössler recht hat: Ich habe vorhin nur etwas unpräzise gesagt, dass wir im Gespräch sind und den Prozess weiter begleiten. Das ist nach wie vor richtig. Aber wir sind mit Vattenfall im Augenblick im Gespräch und verhandeln eine Kooperationsvereinbarung, auch im Rahmen der Klimaschutzvereinbarung, die mit Vattenfall ohnehin gerade neu ausgehandelt wird. Unser Interesse als Klimaschutzverwaltung ist natürlich, die Ergebnisse dieser Machbarkeitsstudie sozusagen auch belastbar auf den Weg zu bringen und nicht – ich sage es mal ein bisschen despektierlich – auf Gedeih und Verderb auf den guten Willen von Vattenfall angewiesen zu sein. Aber völlig klar ist auch: Das ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen, und insoweit können die Begleitung und weitere Kooperation nur im Wege einer von beiden Seiten gewollten Vereinbarung erfolgen. Wir wollen aber schon noch ein Schriftstück haben, wo Vattenfall sich verbindlich erklärt. Daran sitzen wir, und das wird es absehbar geben. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Herzlichen Dank, Herr Tidow, dafür! – Wir haben uns in der Sprecherrunde verständigt, dass wir mal eine Liste von Anhörungen machen, die wir im Zweifelsfall nicht mehr besprechen, weil wir die Tagesordnungen immer voll haben und die Besprechungen nicht erledigt kriegen. Insofern stelle ich hier die Frage: Normalerweise würden wir vertagen, aufs Wortprotokoll warten und dann noch mal besprechen. Oder fangen wir heute damit an und sagen, wir hätten es quasi besprochen, und es ist damit erledigt? – Da hätte ich gern ein Votum. Ich sehe Nicken bei Herrn Jahnke. Ist das einvernehmlich in der Koalition? – Ja, sehe ich. Bedenken bei der Opposition? – Nein. Dann machen wir das so und halten das auch im Protokoll fest. Damit entlasten wir ein bisschen die Ausschussarbeit. – Dann danke ich den Anzuhörenden für die virtuelle Teilnahme an der Sitzung da draußen im Äther und bei sich zu Hause! Haben Sie noch einen schönen Abend!

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2777
**Zehnte Verordnung zur Änderung der SARS-Cov-2-
Eindämmungsmaßnahmenverordnung**
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/225
- [0233](#)
WiEnBe
BildJugFam
GesPfleGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport*
- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2790 Neu
**Elfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Eindämmungsmaßnahmenverordnung**
VO-Nr. 18/228
(auf Antrag aller Fraktionen)
- [0234](#)
WiEnBe
BildJugFam
GesPfleGleich
Haupt(f)
InnSichO
Sport*
WiEnBe
- c) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50
Absatz 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2791
**Grundsätze für die Ausgestaltung einer SARS-Cov-
2-Infektionsschutzverordnung aufgrund des
Infektionsschutzgesetzes**
(auf Antrag aller Fraktionen)
- [0235](#)
WiEnBe
BildJugFam
GesPfleGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport*
- d) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2801
SARS-Cov-2-Infektionsschutzverordnung
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/230
- [0237](#)
WiEnBe
BildJugFam*
GesPfleGleich*
Haupt(f)
InnSichO*
Recht
Sport*

Hierzu:

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2801-1
SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/230

[0237-1](#)
WiEnBe
BildJugFam*
GesPflegGleich*
Haupt(f)
InnSichO*
Recht
Sport*

- e) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2809
**Erste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/236

[0238](#)
WiEnBe
BildJugFam*
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO*
Recht
Sport*

Hierzu:

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2809-1
**Erste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/236

[0238-1](#)
WiEnBe
BildJugFam*
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO*
Recht
Sport*

- f) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2847
**Zweite Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/241

[0239](#)
WiEnBe
BildJugFam*
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO*
Recht
Sport*

- g) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2858
**Dritte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/245

[0241](#)
WiEnBe
BildJugFam*
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO*
Recht
Sport*

h) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2883 Neu
**Vierte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/246

[0242](#)
WiEnBe
BildJugFam*
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO*
Recht
Sport*

i) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2969
**Fünfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/249

[0250](#)
WiEnBe
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO*
Recht
Sport

Hierzu:

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2969-1
**Fünfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
– **Vorabüberweisung** –
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/249

[0250-1](#)
WiEnBe
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO*
Recht
Sport

j) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3074
**Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-
2-Infektionsschutzverordnung**
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/257

[0258](#)
WiEnBe
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport

k) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3075
**Siebente Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-
2-Infektionsschutzverordnung**
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/258

[0259](#)
WiEnBe
BildJugFam
GesPflegGleich*
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport

- | | |
|--|---|
| l) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3080
Verordnung zu Regelungen in zugelassenen Krankenhäusern während der Covid-19-Pandemie (Krankenhaus-Covid-19-Verordnung)
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/260 | 0260
WiEnBe
BildJugFam
GesPflGleich*
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport |
| m) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3083
Achte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/262 | 0261
WiEnBe
BildJugFam
GesPflGleich*
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport |

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | |
|---|--------------------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Integriertes Luftverkehrskonzept für die Metropolenregion Berlin entwickeln – Berlin braucht TXL und BER
(auf Antrag der AfD-Fraktion) | 0032
WiEnBe |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Einheitliche Großflächenvermarktung und Anwerbung von Großbetrieben in Treptow-Köpenick mit Hinsicht auf Eröffnung des BER
(auf Antrag der Fraktion der CDU) | 0086
WiEnBe |

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 13.01.2020

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.